

1934 - 1945

Der KÄMPFER

SOZIALISTISCHE

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS



Nr. 1—3

Jänner—März

2 Schilling

In den Tagen des Februar . . .

„Die österreichischen Schutzbündler sind nach heldenmütigem Kampf erlegen. Aber sind sie auch besiegt worden, so sind sie doch in Ehre und Ruhm untergegangen. In Italien hat die Arbeiterklasse dem Marsch Mussolinis auf Rom keinen Widerstand entgegenzusetzen vermocht. In Deutschland sind die Sozialdemokratie und die Kommunistische Partei dem Nationalfaschismus erlegen. In Österreich hat die wehrhafte Elite des Proletariats gezeigt, wie sich freiheitsliebende Arbeiter wehren, wenn ihre Freiheit bedroht ist. Generationen von Arbeitern werden ihren Kindern von den Heldentaten der österreichischen Schutzbündler erzählen, ihre Söhne im Geiste der Kämpfer um die Freiheit der österreichischen Arbeiter erziehen. Aus der Erinnerung an unsere Gefallenen und standrechtlich Gerichteten, aus dem Ruhm ihres Kampfes wird die österreichische Sozialdemokratie sieghaft wiedererstehen. Gefärbt mit dem Blute unserer Helden, wird die rote Fahne dereinst wieder über Wien, dereinst über Österreich wehen.“

Diese Worte schrieb Otto Bauer am 19. Februar 1934 in der Broschüre „Der Aufstand der österreichischen Arbeiter“. Und zwei Jahre später, am 17. März 1936, dem zweiten Verhandlungstag des großen Sozialistenprozesses vor dem Wiener Landesgericht, bei dem 28 unserer Genossen angeklagt waren, nachdem man sie 14 Monate lang in Untersuchungshaft oder Polizeiarrest gehalten hatte, sagte unser Genosse Karl Hans Sailer in seiner mutigen, großangelegten Verteidigungsrede:

„Das gegenwärtige Regime in Österreich ist nur das Ergebnis einer ganz bestimmten weltpolitischen Konstellation, gestützt auf die Machtmittel der Exekutive, bei völliger Ausschaltung des Volkswillens. Jede Änderung dieser weltpolitischen Konstellation muß die Wirkung haben, daß der Volkswille wieder zur Geltung kommt. Bis dahin muß die Arbeiterschaft in geistiger Verbindung mit ihrer großen Tradition erhalten werden. So wie sie früher einmal die Verfolgungen des Ausnahmezustandes überwunden hat, so wie sie heute trotz blutigem Terror in Italien und Deutschland noch immer lebt, so wird sie auch in Österreich wieder ihren Triumph erleben.“

Diese wahrhaft prophetischen Worte — man könnte deren noch unzählige andere hinzufügen und zitieren — sind inzwischen in Erfüllung gegangen. Viele noch vor wenigen Jahren heißumstrittene Forderungen und damals oft utopische Ideen sind heute zur Wirklichkeit geworden und scheinen oft so selbstverständlich, daß man kaum darüber redet. Und dennoch sind es erst 25 Jahre her, daß sozialistische Gesinnung allein genügte, angeklagt und eingekerkert zu werden, daß man versuchte, sie zu einem Verbrechen zu stempeln — „Sozialismus ist Hochverrat!“

Mögen die Tage des Februar 1934 auch überschattet worden sein von jener Ära schrecklichster Greuel und abscheulichsten, kalten Mordens, die wenige Jahre später über unser Land, ja über ganz Europa und die Welt hereinbrach, so ist doch unvergessen, was wir jenen danken, die mutig und selbstlos sich erhoben, als die Diktatur, wenn auch in anderer Farbe, ihre Krallen zeigte — jenen, die, von einer Idee beseelt und von einer Überzeugung erfüllt, die ihresgleichen gerade heutzutage vielfach suchen mag, Gesundheit und Leben gaben. Nicht nur, daß wieder werde, was der Faschismus brutal zertrampelt hatte, sondern daß Österreich noch weiter schöner, das Dasein aller unbeschwerter werden könne.

So ist es das Österreich von heute, was wir den Kämpfern des Februar mit zu danken haben; daß wir ohne Angst in Bürgerfrieden leben können, und daß die großen Ideale des Sozialismus in hohem Maße Allgemeingut geworden sind, und weit noch über diesen unseren Staat hinaus in aller Welt. Wir haben alle Möglichkeiten wieder, ja wir haben derer noch viele mehr, als jene Mutigen vom Februar mit dem Einsatz ihres Lebens verteidigten und uns damit neu erringen halfen. Erweisen wir uns des großen Vermächtnisses unserer Februarkämpfer würdig und wahren wir die lebendige Verbindung mit der großen Tradition der Idee des Sozialismus.

Niemals vergessen!

25 JAHRE IST ES HER

Zu Neujahr 1935 fand in Brünn eine aus ganz Österreich beschickte Reichskonferenz der Revolutionären Sozialisten statt. Unter den mehr als sechzig Teilnehmern befand sich ein Spitzel — sein Name wurde während der Verhandlung genannt, aber er war weder unter den Angeklagten noch unter den Zeugen — und der Lump Josef Stöckel, der nach seiner Verhaftung zum Verräter an seinen Kameraden wurde. Diese zwei Judasse verursachten die Verhaftung von rund dreißig illegalen Kämpfern, Männern und Frauen der tapferen Avantgarde der österreichischen Arbeiterklasse.

Vom Jänner 1935 an saßen die meisten Beschuldigten im Kerker. Ein Teil dieser langen Haft entfiel auf willkürliche Polizeistrafen, der größere Teil war Untersuchungshaft. Des Hochverrats, also des schwersten Verbrechens, klagte sie der Staatsanwalt an, weil sie die sozialistische Bewegung in Österreich organisiert, an der Brüner Konferenz teilgenommen und dort programmatische Beschlüsse gegen das faschistische Regime in Österreich gefaßt haben sollten. In Wirklichkeit standen nicht irgendwelche Handlungen unter Anklage, sondern die sozialistische Gesinnung.

Sozialismus ist Hochverrat — das ist der einzige Gedanke, den die Anklageschrift enthält.

Keiner der Angeklagten hat eine Gewalttat begangen. Keiner hat mit kindischen Putschplänen gespielt. Und trotzdem Hochverräter? Um das zu verstehen, muß man folgendes wissen: In einem Prozeß gegen Revolutionäre Sozialisten vor dem Landesgericht Klagenfurt erklärte der Staatsanwalt: „Die Angeklagten geben zu, die Wiederaufrichtung der politischen Macht der Arbeiter angestrebt zu haben. Das ist Hochverrat, denn dieses Ziel

reich soviel Freiheit herrscht, daß nicht drei Menschen miteinander sprechen können, ohne verhaftet zu werden. Da waren Männer und Frauen, die nach den Behauptungen der Regierung die bezahlten Agenten Brünns, die Führer jener von den »Brünnern« gelenkten Organisationen sein sollen. Aber wie ist diese Lüge im Gerichtssaal zusammengebrochen!

Da standen Männer und Frauen, junge, intelligente, selbstbewußte Wortführer der österreichischen Arbeiter, und ihr kraftvolles Auftreten, ihr mutiges Bekennen zwang selbst dem faschistischen Gegner Respekt ab.

Die ganze Welt aber, die mit gespannter Aufmerksamkeit diesen Prozeß verfolgte, hat sich überzeugen können, daß diejenigen, die in der vaterländischen Presse als die »Brünnern« beschimpft werden, in Wahrheit die tapfersten und zielbewußtesten Vertreter der Interessen des österreichischen Volkes sind; die Vorkämpfer einer sozialistischen Partei, die in Österreich und für die österreichischen Arbeiter kämpft. Da war nichts unecht, nichts eingelernt oder erzwungen: kein »Agent« kann so reden, wie es die Angeklagten getan haben. So spricht nur die ehrlichste, innerste Überzeugung.

Hören wir, was die Angeklagten zu sagen hatten!

Die Verhandlung.

Der Prozeß begann am 16. März vor dem Wiener Landesgericht I unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtsrats Dr. Osió. Das Gerichtsgebäude ist stark bewacht, jeder der zugelassenen Zuhörer wird scharf visitiert. Im Saal selbst befinden sich etwa zwei Dutzend Kriminalbeamte.

Angeklagt sind 28 Revolutionäre Sozialisten und 2 Kommunisten. Es sind die Genossen: Otto Binder, Beamter, 45 Jahre alt; Johann Ecker, Bauarbeiter, 32 Jahre alt; Marie Emhart, Eisenbahnersgattin, früher Gemeinderätin von St. Pölten, 35 Jahre alt; Roman Felleis, Angestellter, 33 Jahre alt; Karl Fischer, Mechaniker, 32 Jahre alt; Natalie Fulda, früher Redaktionssekretärin der »Arbeiter-Zeitung«, 40 Jahre alt; Karl Fürstenhofer, Autoschlosser, 34 Jahre alt; Theodor Grill, Magistratsbeamter, 34 Jahre alt; Anton Pastaz, Rentnerin, 38 Jahre alt; Franz Jonas, Schriftsetzer, 37 Jahre alt; Karl Knechtelsdorfer, Schriftsetzer, 29 Jahre alt; Hans Kratky, Privatbeamter, 36 Jahre alt; Josef Kratky, Privatbeamter, 29 Jahre alt; Bruno Kreisky, Hochschüler, 25 Jahre alt; Andreas Liberda, Privatbeamter, 43 Jahre alt; Josef Mohler, Maschinenarbeiter, 35 Jahre alt; Anton Pastaz, Bauarbeiter, 30 Jahre alt; Rudolf Pastaz, Bauarbeiter, 31 Jahre alt; Alois Pfanner, Elektrotechniker, 36 Jahre alt; Anton Proksch, Gewerkschaftssekretär, 39 Jahre alt; Otto Probst, Lithograph, 25 Jahre alt; Franz Rauscher, Eisenbahnschaffner, 36 Jahre alt; Karl Hans Sailer, früher Redakteur der »Arbeiter-Zeitung«, 36 Jahre alt; Dr. Paul Schick, Rechtsanwalt, 32 Jahre alt; Josef Wacke, Hochschüler, 25 Jahre alt; Alfred Weißmann, Beamter, 29 Jahre alt; Stefan Wirlandner, Beamter, 31 Jahre alt; Elise Zerner, früher Redaktionssekretärin der »Arbeiter-Zeitung«, 31 Jahre alt; und die beiden Kommunisten Siegfried Fürnberg, Schriftsteller, 34 Jahre alt, und Franz Honner, Bergmann, 43 Jahre alt.

Als Verteidiger wirken eine Reihe der besten Rechtsanwälte Wiens: Dr. Ernst Adler für Binder, Dr. Johann Dostal für Knechtelsdorfer, Grill und Probst, Dr. Fröhlich für Dr. Schick, Dr. Ignaz Gruder für Felleis und Fischer, Dr. Herdregen für Proksch und Wirlandner, Dr. Arnulf Hummer (St. Pölten) für Marie Emhart, Dr. Franz Körner für Rauscher, Dr. Oswald Richter für Kreisky, Liberda, Josef Kratky, Leontine Haas und Fürstenhofer, Dr. Schneck für Fürnberg, Dr. Bruno Schönfeld für Elise Zerner, Jonas und Ecker, Dr. Heinrich Steinitz für Sailer, Johann Kratky, Lily Fulda und Wacke, Dr. Wachs für Honner, Dr. Rudolf Weiss für die Brüder Pastaz.

Als erste der Angeklagten betritt Marie Emhart mit einer roten Blume an ihrem dunklen Kleid, aufrecht, in stolzer Haltung den Saal. Sie erhebt die Faust zum Freiheitsgruß. Die andern Angeklagten, die der Reihe nach hereingeführt werden, tun das Gleiche. Und sofort merkt man: die hat die Haft nicht gebrochen!

Man merkt es erst recht, als die ersten Angeklagten zu reden beginnen. Im Zuhörer-raum sieht man erstaunte, freudige, stolze Gesichter. Von Rede zu Rede wächst die Spannung. Mit leuchtenden Augen nicht man sich heimlich zu: So reden unsere Genossen! Die ersten Zeitungsberichte melden es — dem Ausland. Und die ganze Welt horcht auf: im Wiener Gerichtssaal sprechen Revolutionäre Sozialisten!

Nur vor Gericht kann sich heute ein Sozialist bekennen!

Der erste Angeklagte, der einvernommen wird, ist der Eisenbahner Franz Rauscher. Die Anklage wirft ihm vor, daß er versucht habe, die Partei insbesondere in den Bundesländern wieder aufzurichten. Rauscher erklärt dazu:

Nach dem Februar 1934 herrschte in den Familien vieler Sozialdemokraten die bitterste Not; die Familienerhalter saßen in den Kerkern, waren in den Februarkämpfen gefallen oder hatten die Arbeit verloren. Ich habe versucht, die Not zu lindern, indem ich Spenden, die mir von verschiedenen Seiten zugekommen waren, unter die Notleidenden verteilte.

2

kann im heutigen autoritären Staat nur durch einen gewaltsamen Umsturz erreicht werden!“ Und in einem anderen politischen Prozeß erklärte der Staatsanwalt, selbst die Forderung nach Wahlen sei Hochverrat, denn Wahlen seien in der jetzigen Verfassung nicht vorgesehen! Man sieht: es ist die Angst der Herrschenden, die jede Regung, jede Gesinnung der Arbeiter zur „illegalen Betätigung“ stempeln, sie zum Verbrechen macht.

In Wirklichkeit waren die Revolutionären Sozialisten angeklagt, weil sie, wie einer von ihnen stolz erklärte, ihre Gesinnung nicht so rasch geändert haben, wie andere Leute Verfassungen ändern.

Das können die herrschenden Gesinnungskünstler freilich nicht verstehen! Das verstehen aber die Männer und Frauen der österreichischen Arbeiterschaft, die in ihrem Herzen alle, alle solche Hochverräter gegenüber einem

Schandregime, solche treue Bekenner ihrer Gesinnung geblieben sind wie ihre dreißig Wortführer vor dem Wiener Landesgericht! Die dreißig haben gesagt, was wir alle fühlen und denken!

„Die Brüenner“

Je mehr die Herrschenden die Revolutionären Sozialisten als einen ernstesten Gegner erkennen lernten, desto mehr bemühten sie sich, Verleumdungen über sie zu verbreiten. In der vaterländisch gleichgeschalteten Presse, die nur schreiben darf, was die Regierung befiehlt, wurden die Revolutionären Sozialisten immer nur als „Brüenner Agenten“ bezeichnet. Man behauptete, die österreichischen Arbeiter seien im Grunde alle brav vaterländisch und würden nur von berufsmäßigen Hetzern, die im Solde der Brüenner Emigranten stünden, verführt und verleitet.

Nun, jetzt hat man „die Brüenner“ im Gerichtssaal gesehen! Da waren Männer und Frauen wirklich nach Brünn gefahren, um dort untereinander zu beraten, weil in Österreich soviel Freiheit herrscht, daß nicht drei Menschen miteinander sprechen können, ohne verhaftet zu werden. Da waren Männer und Frauen, die nach den Behauptungen der Regierung die bezahlten Agenten Brünns, die Führer jener von den „Brünnern“ gelenkten Organisationen sein sollen. Aber wie ist diese Lüge im Gerichtssaal zusammengebrochen!

Da standen Männer und Frauen, junge, intelligente, selbstbewußte Wortführer der österreichischen Arbeiter, und ihr kraftvolles Auftreten, ihr mutiges Bekennen zwang selbst dem faschistischen Gegner Respekt ab.

Die ganze Welt aber, die mit gespannter Aufmerksamkeit diesen Prozeß verfolgte, hat sich überzeugen können, daß diejenigen, die in der vaterländischen Presse als die „Brüenner“ beschimpft werden, in Wahrheit die tapfersten und zielbewußtesten Vertreter der Interessen des österreichischen Volkes sind, die Vorkämpfer einer sozialistischen Partei, die in Österreich und für die österreichischen Arbeiter kämpft. Da war nichts unecht, nichts eingelernt oder erzwungen: kein „Agent“ kann so reden, wie es die Angeklagten getan haben. So spricht nur die ehrlichste, innerste Überzeugung. Hören wir, was die Angeklagten zu sagen hatten!

Nur vor Gericht kann sich heute ein Sozialist bekennen!

Der erste Angeklagte, der einvernommen wird, ist der Eisenbahner Franz Rauscher. Die Anklage wirft ihm vor, daß er versucht habe, die Partei insbesondere in den Bundesländern wieder aufzurichten. Rauscher erklärt dazu:

Nach dem Februar 1934 herrschte in den Familien vieler Sozialdemokraten die bitterste Not; die Familienerhalter saßen in den Kerker, waren in den Februarkämpfen gefallen oder hatten die Arbeit verloren. Ich habe versucht, die Not zu lindern, indem ich Spenden,

die mir von verschiedenen Seiten zugekommen waren, unter die Notleidenden verteilte. Darüber hinaus war mein Bestreben, die Reste der Partei zu sammeln, um bei bestimmten Anlässen für die Wiederherstellung der Rechte der Arbeiterschaft Propaganda machen zu können.

Ich war mehr als fünfzehn Jahre Funktionär der Arbeiterbewegung. Das Verbot der Partei hat mich und viele Zehntausende nicht geändert. Die langjährige Tätigkeit der Sozialdemokratie auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet hat reiche Früchte getragen: dieses Wirken kann nicht von heute auf morgen ausgelöscht werden. Wir haben immer erklärt, daß wir unversöhnliche Feinde der Nationalsozialisten sind, daß wir den Faschismus in jeder Form, auch den österreichischen Heimwehfaschismus, auf das schärfste bekämpfen und daß wir jede Gelegenheit benützen wollen, um die Rechte der Arbeiterschaft, die Freiheit und Selbstbestimmung, die sie in allen Kulturländern besitzt, wieder zu erkämpfen. Ich fühle mich nicht schuldig.

Ich finde es nur beschämend, daß man heute in Österreich seine sozialistische Gesinnung nur als Angeklagter im Gerichtssaal bekennen darf. Tausende beneiden uns heute, daß wir hier die Möglichkeit haben, uns als echte Sozialisten zu bekennen.

Die Richter mögen nach Gesetzen und Verordnungen urteilen, ich habe gehandelt nach dem natürlichen Rechtsempfinden des Volkes.

Der Angeklagte Karl Fischer gibt zu, bei der Reichskonferenz in Brünn gewesen zu sein, weigert sich aber, darüber auszusagen. Bei der Polizei soll er nähere Angaben gemacht haben. Er erklärte nun, wie diese zustande gekommen sind: Der Polizeikommissär Haslinger hat ihm bei der Einvernahme verschiedenes erzählt, was auf der Brüenner Konferenz vorgegangen sein soll, und Fischer hat darauf gesagt, das sei

Der große Sozialistenprozeß vor dem Wiener Landesgericht

16. März 1936. Vor dem Wiener Landesgericht I beginnt ein Hochverratsprozeß gegen 28 Genossen — Mitglieder der RS — und zwei Kommunisten. Der Staatsanwalt beantragt gegen zwei Angeklagte, Marie Emhart und Karl Hans Sailer, die Todesstrafe, gegen die anderen schwere Freiheitsstrafen.

Der Prozeß ist ein Ruhmesblatt in der Geschichte des Freiheitskampfes in Österreich. In allen Ländern, selbst in Amerika, findet er einen leidenschaftlichen Widerhall, und besonders das sozialistische Ausland, an der Spitze die Sozialistische Internationale, bekundet aufrichtige Solidarität mit den österreichischen Genossen.

Die „Brüenner“ veröffentlichten im April 1936 eine illegale Broschüre unter dem Titel „Revolutionäre Sozialisten vor Gericht“, die überall in den Betrieben von Hand zu Hand ging, trotz Spitzeln und Polizeiwilckür. Aus dieser Broschüre, deren Seite 2 wir originalgetreu wiedergeben, ist der Artikel entnommen, den wir aus Anlaß der 25. Wiederkehr des Tages, an dem der „Sozialistenprozeß“ begann, heute veröffentlichen.

ja möglich. Diese ganz unbestimmte Aussage hat Haslinger dann als „Geständnis“ protokolliert und von dem Angeklagten ungelesen unterschreiben lassen. Vor Gericht verantwortet sich Fischer ebenso mutig wie die anderen. Es ist selbstverständlich, erklärte er, daß die 700.000 Parteimitglieder auch nach dem Februar nicht einfach auseinandergelaufen sind, sondern das Bestreben hatten, die Zustände zu ändern.

Die Partei lebt!

Nun kommt Karl Hans Sailer zu Wort. Seine ruhige, sachliche Rede macht auf Zuhörer und Gericht den stärksten Eindruck. Hier spricht ein Mann, der in ernstem geistigem Ringen zu seiner Weltanschauung gelangt ist und zu seinen politischen Ansichten steht. Das tragische Schicksal dieses Mannes, das die schwarze Brille vor seinen Augen verrät — Sailer ist von Erblindung bedroht —, vertieft den Eindruck.

Sailer schildert zunächst seine Jugend, spricht über seinen Werdegang in der Arbeiterbewegung und seine Krankheit. Dann gibt er eine Darstellung der Erlebnisse des Jahres 1933, um, wie er sagt, nicht nur sein Verhalten verständlich zu machen, sondern um darüber hinaus Verständnis zu suchen für die Lage, in die hunderttausende Sozialdemokraten nach dem Februar gekommen sind:

Stoß um Stoß wurde in diesem letzten Jahr gegen die Partei geführt. Zähneknirschend haben wir alle diese Demütigungen, dieses stetige Zurückdrängen ertragen. Bange lange Nächte haben wir in dieser Zeit in der Redaktion zugebracht, wenn wieder ein neuer Schlag angekündigt war, und immer noch, auch in letzter Minute, haben wir auf eine Wendung zum Besseren gehofft. Die letzte Hoffnung wurde enttäuscht, als dann Fey am 11. Februar den entscheidenden Schlag gegen die Partei ankündigte. Der Funke war angefacht, und in Linz ging das Pulverfaß los.

Nach dem Februar

Da war eine große, mächtige Bewegung mit vielen hunderttausend Mitgliedern, weit verzweigt und verästelt, getragen von einer starken, suggestiven Idee und gefestigt durch eine mehr als ein halbes Jahrhundert alte ruhmvolle Tradition — nun zerschlagen.

Kein Mensch kann denken, daß eine solche riesige Gemeinschaft, die in Wien allein zwei Drittel der Bevölkerung erfaßte, die alle Zweige des geselligen, des kulturellen Lebens einschloß, über Nacht zerrissen werden könnte — und in der Tat, die Partei lebte auch nach dem Verbot, wenn auch mit zerschnittenen Sehnen, fort.

Die Organisation war zerstört, was aber durch behördliche Maßnahmen nicht aus der Welt geschafft werden kann, das sind die Menschen, die Freundschaft und persönliche Beziehungen zueinander.

Der Geist lebte fort,

und überall, wo frühere Parteigenossen zusammenkamen, im Betrieb, zufällig auf der Straße und von Wohnung zu Wohnung, im Kaffeehaus oder irgendwo — von was anderem hätten sie reden sollen als von dem, was sie gemeinsam bewegte: von der Partei?

Man kann die Entwicklung seit dem Februar nicht verstehen, wenn man nicht den seelischen Zustand der sozialdemokratischen Arbeitermassen in dieser Zeit in Betracht zieht. Gewiß, unter den Erschütterungen der Katastrophe hatte sich die Spreu vom Weizen gesondert, waren zunächst die Mitläufer, die früher der roten Konjunktur gefolgt waren, abgefallen, um sich der neuen Ordnung anzupassen. Aber das Gros der sozialdemokratischen Arbeiter blieb auch nach dem Februar treu. Freilich — anders ist es auch nicht vorstellbar —, sie wurden

ungeheuer radikalisiert.

Man denke an die hunderte Blutopfer, an die mit Kanonen zerschossenen Häuser, an die tausende Gefangenen und die Abertausende, deren Existenz zerstört wurde, an das gewaltige Kulturwerk der Arbeiterbewegung, das vernichtet wurde, um den Gemütszustand der Arbeitermassen in dieser Zeit zu begreifen. Aber der Zorn der Arbeiter richtete sich nicht nur gegen die Sieger, sondern er kehrte sich auch — und dies ist das entscheidende Merkmal dieser Zeit — gegen alles, was sie bisher als richtig empfunden hatten. Soweit haben wir es, hieß es damals, mit der Demokratie gebracht; hätten wir doch damals im Jahre 1918, als wir die Macht dazu gehabt haben, dasselbe autoritäre Regime aufgerichtet, wie es jetzt unsere Gegner gegen uns getan haben! Statt dessen haben wir schöne Worte von Demokratie und Gleichheit gesprochen, sind immer mehr zurückgewichen, bis nun am Ende die Katastrophe über uns gekommen ist...

Erst vor einigen Tagen war in den Zeitungen zu lesen, daß Eduard VIII., der junge englische König, die Elendwohnungen von Glasgow besucht und den dortigen Gemeindeverwaltern empfohlen hat, ebenso schöne Häuser für die Arbeiter zu bauen wie in Wien. So beurteilt man in der Welt das Aufbauwerk der roten Gemeinde Wien.

Die Männer aber, die in Wien diese Häuser, diese Spitäler und Bäder und Kindergärten gebaut haben, die wurden dafür nach dem Februar in Kerker und Konzentrationslager geworfen!

Der Mann, der nach dem Februar verlangt hat, daß man die Wiener Gemeindebauten schleife, hat von seinem Standpunkt aus recht gehabt, denn er hat verstanden, daß sie Denkmäler sind, die für ihre Erbauer Zeugnis ablegen, daß hier die Steine sprechen, wo die Menschen schweigen müssen.

Aber ich kann mich bei der Aufzählung der Motive meines Handelns nicht damit begnügen,

meine Treue und meine Bewunderung für die sozialistische Bewegung zu betonen, ich muß auch sagen, warum ich die Neuordnung nach dem Februar ablehnen mußte. Ich sah

hinter dem Schild des sogenannten ständischen Aufbaus die Reaktion, die Diktatur.

Und mir war klar, daß dieses Experiment nicht von Dauer sein könne, ich wußte aus der Geschichte, daß man eine ihrem Wesen nach aus dem Mittelalter stammende und für das Mittelalter geeignete Verfassung nicht auf das zwanzigste Jahrhundert übertragen kann. In dem Maße, in dem die faschistischen Kräfte in der Welt wieder zurückgedrängt werden, wird es auch in Österreich gelingen, die Freiheitsrechte wiederherzustellen. Diese Gedanken habe ich auch in meiner Rede auf der Brünner Konferenz ausgesprochen:

Das gegenwärtige Regime in Österreich ist nur das Ergebnis einer ganz bestimmten weltpolitischen Konstellation, gestützt auf die Machtmittel der Exekutive, bei völliger Ausschaltung des Volkswillens. Jede Änderung dieser weltpolitischen Konstellation muß die Wirkung haben, daß der Volkswille wieder zur Geltung kommt.

Bis dahin muß die Arbeiterschaft in geistiger Verbindung mit ihrer großen Tradition erhalten werden. So wie sie früher einmal die Verfolgungen des Ausnahmezustandes überwunden hat, so wie sie heute trotz blutigem Terror in Italien und Deutschland noch immer lebt, so wird sie auch in Österreich wieder ihren Triumph erleben!

Für meine Rede auf der Konferenz trete ich voll und ganz ein. Das Bekenntnis zu einem Programm ist eine Frage der Gesinnung, und eine Gesinnung kann nicht Gegenstand einer Strafverfolgung sein. Im übrigen steht in allen diesen Entwürfen nichts, was nicht auch die sozialistischen Parteien in allen Ländern Europas als ihr Programm anerkennen, und doch werden sie in ihren Ländern nicht wegen Hochverrats verfolgt, sondern nehmen vielfach sogar an der Regierung teil. Heute geht wieder eine Welle der Demokratie durch Europa. Selbst die „Reichspost“ verzeichnet den Linkskurs in Frankreich und stellt fest, daß Österreich ein „geradezu vitales Interesse an dieser Entwicklung hat“. Aber man muß auch die Konsequenz daraus ziehen, daß dem Linkskurs in der Außenpolitik die Innenpolitik entsprechen muß. Diese Linkspolitik kann nur mit der Partei der Arbeiter gemacht werden, weil deren Politik die Politik der europäischen Befriedung, weil deren Grundsatz der Grundsatz Europas ist:

Weder Habsburg noch Hitler, weil Habsburg und Hitler den europäischen Frieden bedrohen!

Niemals vergessen

Koloman Wallischs letzte Stunden

Aus der illegalen „Arbeiter-Zeitung“ vom 4. März 1934:

Unter den Helden, die am Galgen des Klerikofaschismus gestorben sind, ragt neben Weissel, Stanek und Münichreiter vor allem Koloman Wallisch hervor. Ein Bauarbeiter von Beruf, ist Wallisch nach der Niederlage der ungarischen Revolution von 1919 in die Steiermark gekommen. Die Glut seiner sozialistischen Überzeugung, seine unermüdliche Hingabe für die Partei, sein hilfsbereites, schlichtes Wesen haben ihm die Herzen der steirischen Arbeiter erobert. Durch ihn ist der Bezirk Bruck-Kapfenberg zum bestorganisierten Bezirk der Steiermark geworden.

Vor dem Standgericht hat er sich wie ein Held benommen. Er hat vor dem Gericht erklärt:

„Ich habe nicht im Sinne, mich auszureden. Was ich getan habe, das will ich eingestehen. Ich bin nie etwas anderes als Sozialdemokrat gewesen. Ich habe mein Leben der Arbeiterklasse geweiht. Ich weiß, daß ich dafür verurteilt werde. Ich bitte nicht um Gnade, ich brauche keine Gnade. Wer für die Rechte der Arbeiter kämpft, muß bereit sein, sich zu opfern. Ich hätte noch gern für unsere Sache gekämpft. Aber wenn es nicht sein kann, werden das andere tun.“

Zum Tode verurteilt, tröstete er noch seine Frau und seinen Schwager: „Kopf hoch! Wer wird denn weinen? Macht mir keine Schande, seid tapfer!“

Als er zum Galgen geführt wurde, rief er noch:

„Es lebe die Sozialdemokratie! Freiheit!“

Koloman Wallisch bleibt, wie alle Helden unseres Kampfes, eingeschreint in dem großen Herzen der Arbeiterklasse. Wie einst das Bild Matteottis, so wird jetzt ein Bild Wallischs mit seiner Unterschrift in Riesenaufgaben unter den Arbeitern aller Länder verteilt.

Wir könnten heute ein friedliches Österreich haben, getragen von der Mehrheit des Volkes, das bereit ist, die Unabhängigkeit dieses Landes zu verteidigen. Aber es muß ein freies Österreich sein!

Während der Rede Sailers, die im übrigen von den zahlreich im Saal anwesenden Gerichtspersonen mit größter Aufmerksamkeit angehört wird, ereignete sich ein stummer, aber bezeichnender Zwischenfall. Während vor ihnen ein Mann sprach, für den die Anklageschrift die Todesstrafe beantragt, hielten die beiden beisitzenden Berufsrichter ihr Mittagsschlafchen. Ausländische Journalisten haben festgestellt, daß der eine zwanzig, der andere fünfzig Minuten lang schlief. Diese Tatsache ist in dem Bericht der bürgerlichen „Basler Nationalzeitung“ vom 20. März ausdrücklich und sehr abfällig verzeichnet.

Am Irrtum lernt, wie Irren zu vermeiden, die Wahrheit aber übernehmt bescheiden

Wird Eichmann alle Namen seiner Mitschuldigen nennen?

Obwohl zu jedem einzelnen Fall Akten in Israel vorlagen, ist die Frage einer Mitschuld oder nicht im Zusammenhang mit Eichmanns Untaten noch nicht aufgeworfen worden. Man nennt nur eine Reihe von Namen, die entweder aus dem Material stammen, das die seit 15 Jahren tätigen Behörden in Israel gesammelt haben, oder von Adolf Eichmann selbst genannt worden sind.

Rolf Günther, SS-Hauptsturmführer. Er war Eichmanns Stellvertreter in Berlin und besser bekannt als Eichmann, der es vorzog, im Hintergrund zu arbeiten. Er übte auf Eichmann einen starken Einfluß aus und hielt sich in Sondermissionen häufig in Prag und Wien auf. Nach dem Krieg tauchte er unter.

Hans Günther, der Bruder von Rolf Günther, ebenfalls SS-Hauptsturmführer, war Leiter des Zentralbüros für die Lösung der Judenfrage in Böhmen und Mähren. Auch ihm gelang es unterzutauchen, nachdem er im Mai 1945 zusammen mit Eichmann letztmalig in Bad Aussee gesehen worden war.

Otto Hunsche, SS-Hauptsturmführer, wurde im Februar 1945 Eichmanns Nachfolger und arbeitete auch in Budapest mit ihm zusammen. Er war Rechtsanwalt und soll nach dem Kriege in Recklinghausen gelebt haben.

Hermann Krumej, SS-Oberstaffelführer, war Eichmanns Stellvertreter in Budapest, nachdem er vorher in Lodz Leiter jenes Büros war, das die Judentransporte organisierte.

Fritz Martin, Eichmanns Sekretär, ein Österreicher. Ferdinand v. d. Fuentes, Leiter des Büros in Amsterdam. Er wurde im Dezember 1949 in Holland zum Tode verurteilt, später aber amnestiert.

Zoepf, SS-Hauptsturmführer. Eichmanns Stellvertreter in Den Haag. Er tauchte unter, ebenso sein Sekretär Slotke.

Theo Dannecker, SS-Hauptsturmführer, Eichmanns Stellvertreter in Frankreich, Bulgarien und Italien. Er entwickelte den sogenannten Madagaskar-Plan, wonach diese Insel nach dem Krieg zu einem riesigen Konzentrationslager für die überlebenden Juden werden sollte.

Karl Hrosinek, SS-Untersturmführer, ein Mitarbeiter Eichmanns in Ungarn. Man weiß, daß er bis zum Jahre 1949 noch mit Eichmann zusammentraf.

Anton Burger, SS-Hauptsturmführer, ein persönlicher Freund Eichmanns. Er stammt aus Kärnten, war Leiter eines Sonderkommandos in Athen und wurde 1945 noch zusammen mit Eichmann in Bad Aussee gesehen.

Dieter Wisliceny, SS-Hauptsturmführer, Eichmanns Stellvertreter in Bratislava.

Anton Alois Brunner, einer der Organisatoren der Deportationen. Er wurde im Mai 1946 in Wien hingerichtet, jedoch wird behauptet, dieser Verurteilte sei sein Bruder gewesen, und Anton Alois Brunner sei es gelungen, zu entkommen. Er soll heute unter dem Namen Fischer im Waffenschmuggel tätig sein.

Franz Abromeit, SS-Hauptsturmführer. Er hatte in Budapest gegen Ende des Krieges eine Auseinandersetzung mit Eichmann und wurde daraufhin an die Ostfront versetzt, wo er in russische Gefangenschaft geriet.

Drei SS-Führer wegen Massenmordes gesucht — Ergreiferprämie 60.000 S

Eine Großfahndung nach drei ehemaligen SS-Führern und engen Mitarbeitern Adolf Eichmanns wurde von der Oberstaatsanwaltschaft Frankfurt eingeleitet. Als Belohnung zur Ergreifung der wegen Massenmordes Gesuchten — es handelt sich dabei um den 48jährigen Rolf Günther, dessen Bruder, den 50jährigen Hans Günther und den 48jährigen Franz Nowak — wurden 60.000 S für jeden der drei ausgesetzt. Nowak konnte unlängst in Wien festgenommen werden.

Nowak hatte eine Zeitlang unter falschem Namen in Langenzersdorf, Niederösterreich, gewohnt. Er ist dringend verdächtig, Eichmann bei seinen Taten Beihilfe geleistet zu haben. Nowak, der in einer Druckerei in

Hernals gearbeitet hatte, wurde dem Landesgerichtlichen Gefängnis eingeliefert.

Franz Nowak war 1938 in Eichmanns „Zentralstelle für die jüdische Auswanderung“ in Wien und seit 1939 im Judenreferat des Reichssicherheitshauptamtes tätig, in dem er als besonderer Fachmann für alle mit der Deportation der Juden zusammenhängenden „technischen Fragen“ galt. Seit März 1944 gehörte Nowak dem Sondereinsatzkommando Eichmanns in Budapest an.

Nach den bisherigen Ermittlungen sind auch die beiden anderen SS-Führer noch am Leben und halten sich vermutlich unter falschem Namen in Deutschland oder Österreich auf. Wie der Frankfurter Oberstaatsanwalt bekanntgab, war Rolf Günther 1938/39 Vertreter Eichmanns in der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ in Wien und Prag. Er ist bei der sogenannten „Endlösung der Judenfrage“ besonders rücksichtslos und unerbittlich vorgegangen. Während Eichmanns Tätigkeit in Ungarn führte Günther die Geschäfte in Berlin selbständig und gehörte auch der „Sonderkommission 20. Juli“ an. Bei Kriegsende wurde Rolf Günther zuletzt in der Gegend von Salzburg und Altaussee gesehen.

Auch sein Bruder Hans Günther war 1938/39 mit Eichmann in Wien und Prag. Von Ende 1939 bis zum Kriegsende war er Leiter des „Zentralamtes zur Regelung der Judenfrage in Böhmen und Mähren“. Während dieser Zeit wurden unzählige Juden aus Theresienstadt in das berüchtigte Vernichtungslager Auschwitz deportiert. Auch Hans Günther wurde zusammen mit Eichmann im Mai 1945 in der Gegend von Altaussee zuletzt gesehen.

Eichmann war ein Gegner von Rettungsverhandlungen

Aus Dokumenten, die in Warschau gesammelt worden sind und worunter sich einige Telegramme Eichmanns befinden, geht eindeutig hervor, daß Eichmann die Verhandlungen bezüglich eines Tausches von einer Million Juden gegen 10.000 Lastwagen nie im guten Glauben geführt hat.

In einem Telegramm — es stammt aus dem Juli 1944 — erklärte Eichmann, er werde sich an Hitler und Himmler wenden, damit der Tausch nicht zustande komme. Eichmann drohte darin weiters, er werde im Falle eines vereinbarten Tausches die Todestransporte beschleunigt durchführen und die Transporte ins Ausland noch vor der Grenze abfangen.

Damit ist die von Eichmann in seinen Memoiren aufgestellte Behauptung, er habe mit Dr. Kastner Verhandlungen über die Rettung der Juden geführt, als unrichtig anzusehen.

Der Stab des Endlösers der Judenfrage fliegt auf

Aufsehenerregende Angaben wurden bei einer Pressekonferenz vor in- und ausländischen Journalisten gemacht. Unter anderem wurde mitgeteilt, daß der Stab des NS-Endlösers der Judenfrage, Eichmann, aus insgesamt 30 Personen bestanden hat, von denen nicht weniger als dreizehn Österreicher sind. Fünf der Mitarbeiter Eichmanns sind entweder in Haft oder wurden kurz nach Kriegsende hingerichtet. Der Aufenthalt der übrigen acht Judenmörder ist nicht bekannt.

Bei dieser Pressekonferenz, der u. a. auch der Chef der staatspolizeilichen Abteilung im Innenministerium, Hofrat Dr. Rupertsberger, beiwohnte, wurden konkrete Anschuldigungen gegen einzelne frühere Nazigrößen erhoben, die in Österreich in aller Öffentlichkeit herumlaufen.

Als erster wurde ein Funktionär der Landwirtschaftskammer in Liezen, Franz Murer, genannt (der sich inzwischen vom Dienst beurlauben hat lassen, Anm. d. Red.), ferner der Wiener Friedrich Engg, der in Innsbruck auf freiem Fuß lebt.

Vom großen Dokumentationszentrum in Jerusalem sind, so hieß es, der Zentralstelle der deutschen Justizverwaltung in Ludwigsburg Dossiers über 979 Kriegsverbrecher übergeben worden, bei etwa 15 Prozent davon handle es sich um Österreicher. Nach der Aufteilung der Akten an die verschiedenen Staatsanwaltschaften in Deutschland erfolgte die Verhaftung des SS-Sturmbannführers Höfle. Die deutschen Behörden werden die Akten über Österreicher nun Zug um Zug den österreichischen Justizbehörden übermitteln.

Eichmann-Komplice in Wien festgenommen

Nach einer Meldung aus Frankfurt teilte dort der Frankfurter Oberstaatsanwalt Wolf mit, daß nunmehr die Staatsangehörigkeit Nowaks überprüft wird. Falls er deutscher Staatsbürger ist, wird Oberstaatsanwalt Wolf sofort einen Auslieferungsantrag stellen. Wenn Nowak die österreichische Staatsangehörigkeit hat, will der Frankfurter Oberstaatsanwalt die Wiener Behörden um die Übernahme der Strafverfolgung ersuchen.

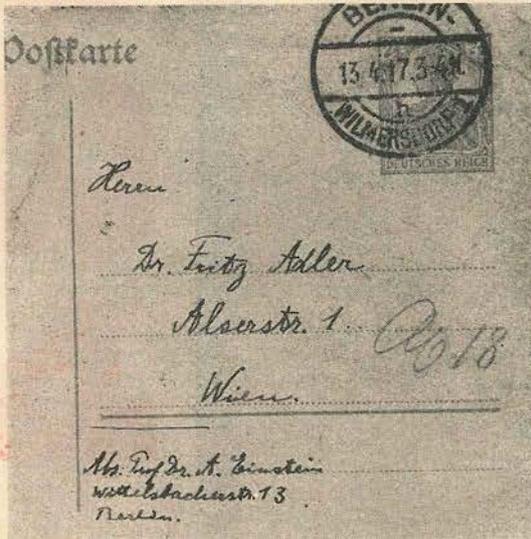
... das Rad der Zeit ging ächzend weiter,
und dunkle Wolken zogen auf am Horizont.
Das Firmament ward mehr und mehr verdüstert;
kein Stern am Himmel und kein Strahl der Freiheit.
Und doch: die schwerste Prüfung stand uns erst bevor!
Vier Jahre später kam die braune Flut:
wer hätte sich ihr widersetzen sollen?
Die Kämpfer für die Freiheit lag'n in Ketten!
Die Dämme, die wir bauten, war'n zerschlagen!
Die freie Welt hatt' uns im Stich gelassen:
so wurde unser Land des Henkers Beute
und mitleidslos dem Schwerte unterstellt.
Uns aber leuchtete der Fahnen Rot
auch weiterhin durch Kerker, Not und Tod ...

... den Galgen löste ab des Fallbeils Klinge,
das sausend jeden Kopf vom Nacken hieb,
der, kaum entronnen erst der Galgenschlinge,
auch weiter auf dem Weg der Freiheit blieb.
Und wo des „Führers“ blut'ge Fahnen wehten,
da gab es nur noch nackte Barbarei.
Der Welt die Freiheit aus dem Leib zu treten:
das war der Sinn der braunen Tyrannei!
Wir aber hielten wach in unsren Seelen
das Bild der Freiheit, ihre Melodie ...
Man konnt' den Leib uns zwar zu Tode quälen,
der Freiheitswille aber, er starb nie!
Im eisigkalten Hauch der Todesstille
nahm das verstörte Räderwerk der Zeit
den Lauf zum Abgrund. — Des „Führers“ Wille
war Götterspruch für Zeit und „Ewigkeit“.
Sein Wille setzte auch die Welt in Flammen:
totaler Krieg und grenzenloses Leid!
Dann brach das „tausendjähr'ge Reich zusammen:
wir aber standen schon zur Tat bereit
Wir kamen wieder ...! Unsre alten Fahnen,
die uns geführt durch Nacht und Not und Tod,
die uns bestärkten in dem Siegesahnen,
wir hoben sie ins neue Morgenrot!

1934-1945

Geschichte einer Korrespondenzkarte

Bei der Sichtung des schriftlichen Nachlasses Friedrich Adlers im Wiener Archiv für Geschichte der Arbeiterbewegung wurde unlängst die hier reproduzierte Korrespondenzkarte gefunden. Als Albert Einstein, ihr Absender, sie schrieb, hat er taktvoll vermieden, auf der Anschrift die Institution zu nennen, die sich im Hause Alser Straße 1 befindet. Sie ist jedem Wiener bekannt. Es ist das Straflandesgericht I. Dort saß der Adressat, Friedrich Adler, als jene Karte an-



kam, und wartete auf den Prozeß, der ihm dafür gemacht wurde, weil er am 21. Oktober 1916 den österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh im Restaurant des Hotels Meissl & Schadn erschossen hatte.

Friedrich Adler hat die Beweggründe zu dieser Tat und den Prozeß, der am 18. und 19. Mai 1917 abgehalten wurde, in seinem Buch „Vor dem Ausnahmsgericht“ geschildert; dessen Lektüre ist heute noch immer so erregend wie zur Zeit seines Erscheinens im Jahre 1923.

Es soll hier auch gar nicht von dem Prozeß erzählt werden, sondern davon, wie es dazu gekommen ist, daß der genialste Mensch der letzten hundert Jahre diese Karte geschrieben hat. Denn diese Karte hat in der Tat ihre eigene Geschichte.

Sie beginnt eigentlich schon im Jahre 1879 — dem Geburtsjahr sowohl Einsteins als auch Friedrich Adlers.

Einstein kam in Ulm auf die Welt, wo die Donau ebenso vorbeifließt wie an Wien, dem Geburtsort Friedrich Adlers.

Daß sie jedoch dem gleichen Jahrgang angehörten, hatte wohl einiges damit zu tun, daß sie einander um die Jahrhundertwende in Zürich begegneten. Daß der Österreicher und der Reichsdeutsche in die Schweiz gegangen waren, um dort zu studieren, hatte verschiedene Gründe. Paradoxerweise waren es bei Adler ganz unpolitische und bei Einstein höchst politische. Adler hatte in Wien die Realschule absolviert und somit kein Griechisch gelernt, ohne welches man damals an keiner österreichischen Universität aufgenommen wurde. Deshalb ging er an die Züricher Universität.

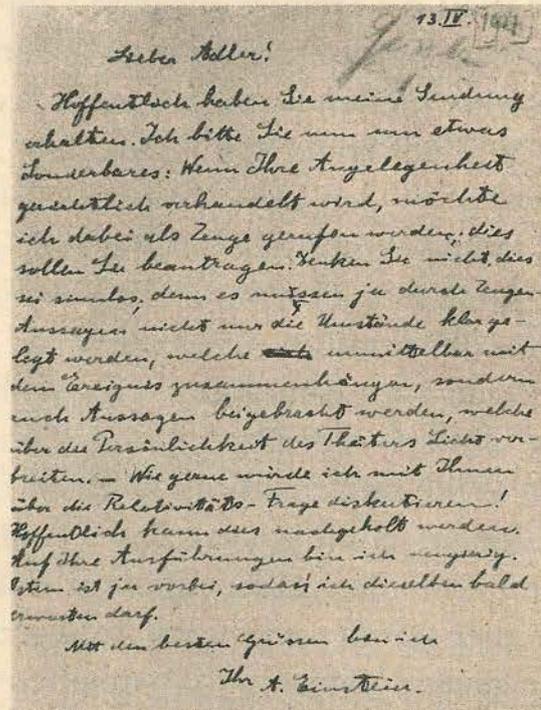
Einstein jedoch war in die Schweiz geradezu geflüchtet. Schon in der Mittelschule in München hatte er schwer unter dem starren Unterrichtssystem gelitten, das auf die Erziehung von Stuckern und künftigen Untertanen und nicht auf die Erweckung und Berücksichtigung natürlicher Begabungen bei den Schülern eingestellt war. Noch größeren Horror empfand Einstein vor dem auch ihm bevorstehenden Militärdienst bei „den Preußen“. So zog er es vor, auf

die deutsche Staatsbürgerschaft zu verzichten, und ging in die Schweiz.

Da sowohl Einstein als auch Adler leidenschaftlich an höherer Physik interessiert waren, dauerte es nicht lange, bis sie miteinander in Kontakt kamen. Die Physik wurde zum Gegenstand unzähliger Diskussionen und Gespräche der beiden jungen Leute. In einem Punkte differierten sie auf grundlegende Weise: in der Haltung zur Politik. Adler hatte sie vielleicht nicht mit der Muttermilch, aber mit jedem Mittagessen in sich aufgenommen, bei dem sein Vater Victor Adler von den Geschehnissen in der Arbeiterbewegung erzählte, deren Einiger und Tribun er war. Mit sieben Jahren half Fritz Adler die sozialdemokratische Zeitung „Gleichheit“ falzen. Wenig später nahm er an den großen Wahlrechtsdemonstrationen der Arbeiterschaft teil. Als Primaner berichtete er stolz seinen Kollegen von Besuchen im Gefängnis, wo sein Vater wegen aufrührerischer Reden und Artikel saß. Marx und Engels wurden zur wichtigsten Lektüre Adlers in der Oberrealschule. Kurz nach seiner Ankunft in der Schweiz sprach er dort bereits in öffentlichen Versammlungen und Diskussionen, die besonderes Leben durch die Teilnahme der in Zürich zahlreich vorhandenen ausländischen Studenten und politischen Exilierten aus Rußland erhielten. Ein Jahr später wurde Adler Vorsitzender einer Organisation der österreichischen und reichsdeutschen Sozialdemokraten in der Schweiz und war bald einer der aktivsten Mitarbeiter an dem schweizerischen Parteiorgan „Volksrecht“.

Einstein hatte für all das kein Verständnis. Nicht, daß er ohne humanistische Ideale gewesen wäre. Er war überzeugter Pazifist und ein wenn auch ziemlich illusionsloser Menschenfreund. Aber die Wissenschaft füllte Einstein zu 90 Prozent aus, indes von den verbleibenden 10 Prozent zur Hälfte die Musik und erst die andere ein Interesse an Politik einnahmen.

So war es kein Zufall, daß Einstein früher als Adler sein Hochschulstudium beendete und sein Diplom im



Jahre 1900 erwarb. Er konnte jedoch keine wissenschaftliche noch sonst irgendeine befriedigende Anstellung in Zürich finden und ging 1902 nach Bern, wo er einen Posten am Patentamt erhielt. In diesem Jahr lieferte Adler seine Dissertation ab und wurde

Doktor der Philosophie, zu der die höhere Physik damals an der Universität gerechnet wurde. Nachdem er einige Zeit als Assistent an der Universität gearbeitet hatte, widmete er sich schließlich dem privaten Studium, in welchem jedoch die Beschäftigung mit der politischen Theorie und Publizistik eine nicht geringe Rolle spielte.

1905 veröffentlichte Einstein in den „Annalen der Physik“ seine erste große Abhandlung über die spezielle Relativität, die größtes Aufsehen unter den Fachleuten erregte und ihm ein Ehrendoktorat der Genfer Universität, wenn auch noch lange keine Anstellung eintrug. Wie überall, wußten auch die in der Schweiz vorherrschenden mittelmäßigen Geister auf den Hochschulen nicht viel mit einer Ausnahmerecheinung anzufangen. Und als 1909 ein besonderer Lehrstuhl für theoretische Physik an der Züricher Universität errichtet werden sollte, wurde Adler dafür vorgeschlagen. Und nun geschah etwas, das die einen für „komisch“ oder gar verrückt hielten und die anderen für groß oder einfach selbstverständlich: Adler lehnte die angebotene Professur ab und erklärte, sie gebühre Einstein, dessen wissenschaftliche Befähigung zweifellos größer als seine eigene sei. Dem vermochten sich die maßgebenden Männer nicht zu widersetzen, und Einstein erhielt die Professur.

Adler scheint sich mit dieser Entscheidung auch in bezug auf seine gesamte weitere Laufbahn entschlossen zu haben. Als ihm kurz danach die Stelle eines Chefredakteurs am Züricher „Volksrecht“ angetragen wurde, akzeptierte er sie und gab seine Vorlesungen als Dozent an der Züricher Hochschule auf. Einstein riet ihm heftigst von diesem Weg ab: „Haben Sie doch noch Geduld“, sagte er zu ihm, „Sie werden bestimmt mein Nachfolger in Zürich.“ Doch vielleicht behagte Adler gerade diese mit typisch Einsteinscher Direktheit ausgesprochene Möglichkeit nicht, und wenn schon Nachfolger, dann zog er es anscheinend vor, seinem Vater nachzufolgen. Als Einstein 1911 eine Berufung an die Prager Universität annahm, folgte

Adler einer anderen nach Wien: als Sekretär der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. Wenngleich ihn die Physik noch immer geistig stark beschäftigte, widmete er nun dennoch endgültig — und wie die Tat geradezu buchstäblich bewies — sein Leben der Sache der Arbeiter.

Als Einstein von dem Attentat Adlers erfuhr, waren ihm dessen Beweggründe gar nicht fremd. Er selbst — bereits in Deutschland tätig — hatte sich energisch geweigert, das bekannte patriotische „Manifest der zweiundneunzig deutschen Intellektuellen“ zu unterschreiben, in welchem der Entente die Schuld am Kriege zugeschoben wurde. „Nun, da der Krieg begonnen hat“, erklärte er damals, „ist es zu spät, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, wer schuldig und wer unschuldig ist. Worauf es jetzt ankommt, ist, die verschiedenen Völker zusammenzubringen und Frieden zu schließen.“ Indem er sich jedoch als Zeuge im Prozesse Adlers anbot, gedachte er über dessen Prinzipienstärke und hohen Idealismus auszusagen. Es kam nie dazu, wohl aber entwickelte sich mit jener Karte eine wissenschaftliche Korrespondenz zwischen Adler im Landesgericht I und später (nach Umwandlung des Todesurteils in 18 Jahre Kerker) in der Strafanstalt Stein und Einstein im Kaiser-Wilhelm-Institut für höhere Physik, Berlin-Wilmersdorf. Als Adler angesichts des Zusammenbruches der Monarchie amnestiert wurde und Stein am 2. November 1918 verließ, trug er in seinem Kofferchen ein wissenschaftliches Manuskript mit sich — das Resultat nicht zuletzt jener Korrespondenz mit Einstein —, das später unter dem Titel „Ortszeit, Systemzeit und das ausgezeichnete Bezugssystem der Elektrodynamik“ veröffentlicht wurde.

Mehr als zwanzig Jahre später trafen die ehemaligen Studiengenossen einander als Exilierte in Amerika wieder. Jene Korrespondenzkarte aber ist heute nicht nur ein historisches Dokument geworden, sondern ein Zeugnis der Freundschaft und Solidarität zwischen zwei großen Menschen.

Ein „Georg-Weissel-Hof“ in Wien

Bei zahlreicher Beteiligung der Bevölkerung von Floridsdorf fand am Sonntag, dem 12. Februar 1961, um 10.30 Uhr die Eröffnung einer großen Wohnhausanlage der Wohnbaugenossenschaft „Sozialbau“ statt. Dieser Wohnhausbau wird auf der einen Seite von der Prager Straße und von der anderen Seite von der Gerichtsgasse begrenzt; er wurde „Georg-Weissel-Hof“ benannt.

Zur Feier dieser Namensgebung hatten sich die Genossen Anton Proksch und Josef Afritsch sowie die Genossin Rosa Jochmann, Genossin Rudolfine Muhr, die Genossen Otto Skritek, Josef Kratky, Josef Kohl und die Genossin Hedy Lehnert eingefunden. Auch der Sohn des Genossen Weissel, Erwin Weissel, war anwesend und entschuldigte das Fernbleiben seiner Mutter, die sich in Spitalspflege befand. Die Wiener Feuerwehr war durch den Branddirektor Ing. Hawelka und mehrere Offiziere und Mannschaftspersonen vertreten.

Die Bezirksgruppe der sozialistischen Freiheitskämpfer Floridsdorf war mit ihrer Fahne erschienen und legte als Symbol des Gedenkens an den Helden von 1934 einen Kranz nieder. Auch die Bezirksgruppe der Roten Falken von Floridsdorf nahm an dieser symbolischen Feier teil. Mehrere Bezirksgruppen der sozialistischen Freiheitskämpfer aus den Wiener Bezirken waren durch Abordnungen vertreten.

Nach einem Chorvortrag des Bläserchores eröffnete Bezirksvorsteher Genosse Rudolf Hitzinger mit der Begrüßung der zahlreich Erschienenen die Feier. Er wies darauf hin, daß noch ein anderes, aber ein trauriges Mahnmal eines anderen Regimes der Entwürdigung der Menschheit inmitten dieser Anlage stehe, der Bunkerturm, der uns an eine schwere Zeit der Ver-

nichtung erinnert, und sprach noch einige Worte über die Bedeutung des Tages. Dann bat er Genossen Minister Proksch an das Rednerpult.

Genosse Proksch sprach über den großen Unterschied zwischen der Ersten Republik und der Zweiten und daß sich in der Zweiten Republik das vollzöge, was Georg Weissel vorschwebte; dem arbeitenden Menschen zu seinem Recht zu verhelfen. Genosse Proksch sagte auch, daß nie mehr eine Zeit hereinbrechen möge über Österreich, wie es der 12. Februar 1934 war. Er betonte den mutigen Einsatz Georg Weissels, der keinen Moment zögerte, als es galt, die gerechte Sache der Arbeiter auch mit der Waffe in der Hand zu verteidigen und seine Freiheit und sein Leben dafür hinzugeben.

Wir wollen diesen Kämpfer für die Idee des Sozialismus niemals vergessen! Mit der Namensgebung dieser schönen Wohnhausanlage wollen wir ihm ein sichtbares Denkmal setzen und ihm auch damit für seine selbstlose Tat danken.

Mit dem „Lied der Arbeit“, das der Bläserchor der Wiener Feuerwehr intonierte und wobei alle Anwesenden mitsangen, wurde die Feier geschlossen.

Auch von der Bezirksorganisation der Sozialistischen Partei wurde ein Kranz niedergelegt und so das Andenken unseres Genossen Weissel geehrt.

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen mitgearbeitet:

Karl Blei, Hein Hamacher (Köln), E. K. Herlitzka, Rosa Jochmann, Wilhelm Krell, Marie Mottl, Helene Potetz, Josef Toch, Rudolf Trimmel.

20.000 D-Mark Belohnung

Der berühmte KZ-Arzt von Auschwitz soll noch am Leben sein

20.000 D-Mark Belohnung hat der Oberstaatsanwalt beim Landgericht Frankfurt für die Ergreifung des ehemaligen Lagerarztes des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau, Dr. Josef Mengele, ausgesetzt. Wie Oberstaatsanwalt Krüger mitteilte, ist Mengele einer der am schwersten belasteten KZ-Ärzte, die noch am Leben sein sollen. Unter anderem werde ihm die Tötung zahlreicher Häftlinge, unter ihnen vieler Kinder, durch Phenolinjektionen vorgeworfen. Außerdem habe er bei ankommenden Häftlingstransporten die Menschen zur Vergasung „ausgesucht“.

Weiter werde ihm vorgeworfen, die Vergasung mehrerer tausend Menschen des Zigeunerlagers innerhalb des Lagers Birkenau in der Nacht zum 1. August 1943 angeordnet zu haben.

Die Fahndung nach Mengele, dessen letzte Lebenszeichen aus Argentinien und Brasilien kamen, steht im Zusammenhang mit dem großen Auschwitz-Prozess in Frankfurt. Bisher sind nach Angaben des Oberstaatsanwaltes 16 Menschen in diesem Zusammenhang festgenommen worden, unter ihnen der letzte Lagerkommandant von Auschwitz, Richard Bär.

Mengele, der im Jahre 1911 in Günzburg geboren wurde, war seit 1943 Arzt in Auschwitz. Zuvor war er während des Krieges unter anderem bei der Sanitätsinspektion der Waffen-SS, der SS-Division Wiking, der Dienststelle des Reichsarztes der SS und Polizei sowie dem SS-Infanterieersatzbataillon „Ost“.

Zur Tarnung soll Mengele heute einen dunklen Knebelbart tragen. Seine Größe wurde mit 1,74 Meter angegeben. Zwischen den beiden Schneidezähnen hat er eine auffällige Lücke.

Ist Gauleiter Hofer tabu?

Der sogenannte „Durchhalte-Gauleiter“ Franz Hofer, „Hitlers treuester Gauleiter“, der wegen Kriegsverbrechen im österreichischen Fahndungsblatt ausgeschrieben ist, lebt unbehelligt im Ruhrgebiet.

Die wenigen überlebenden Juden Tirols haben „ihren“ Gauleiter Hofer noch gut in Erinnerung. Die Reichskristallnacht, die in Innsbruck rücksichtslos durchgeführt wurde, fand die Billigung Hofers. In einem Bericht der Gauleitung Tirol an die Gestapo in Wien über die Reichskristallnacht konnte man lesen: „... wenn irgendwelche Juden nicht zu Schaden gekommen sind, dann geschah das nur aus Versehen.“

So gründlich wurde gearbeitet im Reiche des Gauleiters Hofer. Aber die Reichskristallnacht war ja nur der Anfang. Deportierungen, Mißhandlungen und Erpressungen dienten dazu, den Gau Tirol als ersten in Österreich „judenrein“ zu machen, das gelang auch tatsächlich.

Aber nicht nur gegen Juden richtete sich das Wüten Hofers und seiner Trabanten: Katholiken, Monarchisten, Sozialisten und alle Andersgesinnten mußten daran glauben. Zur Amtszeit Hofers als Gauleiter wurden in Tirol mehr als 30.000 Menschen verhaftet und ein Teil von ihnen in die Konzentrationslager überstellt, wo viele umgekommen sind. Als sich der Zusammenbruch des Dritten Reiches näherte, wurde Hofer zum obersten Bauleiter des Tiroler Teiles der „Alpenfestung“ bestellt. Der Herr Bauleiter besorgte sich Arbeitssklaven nicht nur von den Einheimischen, sondern auch aus dem Konzentrationslager Dachau. Die Häftlinge wurden nach Tirol gebracht, und KZ-Friedhöfe und Massengräber sind die Spuren ihres Weges.

Nach dem Kriege wurde Hofer von den Amerikanern verhaftet; er kam in das Internierungslager in Glaserbach und wurde dann in ein anderes Lager nach Deutschland überstellt, aus dem er geflüchtet ist. Im Jahre 1949 hat ihn die Spruchkammer in München als Hauptkriegsverbrecher eingestuft und ihn in Abwesenheit zu zehn Jahren Kerker verurteilt.

In Deutschland laufen jetzt mehrere Prozesse gegen Kriegsverbrecher. Man wundert sich in Westdeutschland sehr, daß die österreichischen Behörden, die einen gültigen Haftbefehl gegen Hofer erlassen haben, den westdeutschen Justizbehörden bisher das Belastungsmaterial gegen Hofer nicht zugestellt haben, damit ihm in Deutschland der Prozeß gemacht wird, da eine Auslieferung nicht möglich ist. Im umgekehrten Falle haben die westdeutschen Justizbehörden vielfach Belastungs-

material gegen Mitglieder der Einsatzgruppen geliefert, die wie Dr. Razesberger und Dr. Schönpflug in Österreich leben, weil auch von österreichischer Seite eine Auslieferung dieser beiden Personen nach Deutschland nicht erfolgen konnte. Genauso wie Dr. Razesberger und Schönpflug würde auch der ehemalige Gauleiter Franz Hofer von den deutschen Justizbehörden verhaftet und vor Gericht gestellt werden, sobald aus Österreich Belastungsmaterial eingetroffen sein wird.

Nun hat in dieser Angelegenheit das Justizministerium das Wort.

Prozeß gegen Lagerleitung Sachsenhausen

Nicht weniger als 65 Zeugen aus mehreren Ländern sind von einem Düsseldorfer Schwurgericht zur Einvernahme in dem Prozeß gegen die Leiter des Lagers Sachsenhausen, Höhne, Böhm und Hempel vorgeladen worden.

Die Untersuchung läuft bereits seit 1956, wobei sich mehrere hundert Zeugen gemeldet haben.

Höhn erklärte, daß auch zahlreiche Mitschuldige, die heute in der Bundesrepublik führende Stellen bekleiden, vor Gericht stehen müßten.

Museum im ehemaligen KZ Dachau eröffnet

Um die Greuel, die in den Konzentrationslagern des Dritten Reiches begangen wurden, nicht vergessen zu lassen, wurde in Dachau ein Museum errichtet. In der Dokumentensammlung sind Befehle der Lagerleitung, Gefangenen- und Todeslisten, Berichte über die unmenschlichen medizinischen Versuche und Rapportmeldungen zu sehen. Vor dem als Brausebad getarnten Vernichtungsraum steht der berühmte „Bock“, der Schrecken aller Häftlinge, die auf diesem Martergestell brutal ausgepeitscht worden sind.

Erfolg der KZ-Experimente...

In Berlin-Schöneberg gibt es eine pharmazeutische Fabrik, die ein ganz besonderes „Wundermittel“ herausgebracht hat: Es handelt sich um die „Gisengwurzel“. Dieses Präparat soll es einem Menschen ermöglichen, in niedrigen Temperaturen auszuhalten. Immerhin sehr schön, und die japanische Armee besaß seinerzeit etwas Derartiges während des Krieges.

Im Prospekt kann man lesen: „Auch in Deutschland wurde die Gisengwurzel bereits erprobt. Während des letzten Weltkrieges stellte man durch Experimente fest, daß der Tod bei Menschen normalerweise eintritt, sobald die Körperwärme auf 28 Grad abgesunken ist; Personen, die Giseng eingenommen hatten, vermochten aber noch bei einer Körpertemperatur von 19 Grad zu leben...“

Bekanntlich kamen diese Experimente beim Ärzteprozeß in Nürnberg zur Sprache. Als Folge der „Unterkühlungs-Experimente“ in Dachau und Auschwitz mußten zahlreiche Häftlinge zum „Ruhme“ der deutschen Medizin und deren SS-Vertreter das Leben lassen.

Das Ergebnis dieser Experimente wird heute zu 8 DM pro Flasche angepriesen...

Von neuen Büchern

Verfolgung aus Angst. Dokumente, herausgegeben von Hans March, Verlag E. Klett, Stuttgart, 1960, 274 Seiten.

Der Herausgeber, Berliner Psychiater und Sachverständiger, berichtet hier über eine Reihe von Fällen aus seiner Praxis. Diese in Aktenform gepreßten Leidensgeschichten der Naziopfer wirken gerade durch die sachliche Form um so erschütternder. Der Autor stellt diese Sammlung der leibseelischen Auswirkungen von Verfolgung und Angst jedoch nicht aus theoretischem Interesse zusammen, sondern zu einem eminent praktischen Zweck. Die ältere Psychiatrie und ihr folgend die Behörden stellen sich vielfach auf den Standpunkt, daß die Folgen auch schwerster psychischer Belastung nach einiger Zeit abklingen.

Sie verneinen daher einen Rentenanspruch auch bei ungewisser Arbeitsunfähigkeit, weil sie entweder eine echte Psychose, also anlagemäßige Geisteskrankheit, oder selbstverschuldete Neurose (um nicht arbeiten zu müssen) annehmen. Dr. March vertritt demgegenüber in Übereinstimmung mit der neueren Theorie, insbesondere der Tiefenpsychologie, die Ansicht, daß lang andauernde Angst und Leidenszustände zu einer unwiederbringlichen Zerstörung der Psyche führen können, wobei es letztlich gleichgültig ist, ob man eine neu entstandene geistige Störung oder die Aktivierung einer vielleicht latenten, aber unter normalen Verhältnissen völlig unschädlichen Anlage annimmt.

So selbstverständlich diese These eigentlich sein sollte, wird sie eben noch immer bestritten, und ihre Untermauerung, für die Naziterror und Krieg leider ein allzu reiches, sonst aber nicht zur Verfügung stehendes experimentelles Tatsachenmaterial geliefert haben, ist von besonderer Wichtigkeit. Dr. March ist daher nicht nur dafür zu danken, daß er durch seine Gutachten zahlreichen Geschädigten zur Anerkennung ihrer Ansprüche verhalf, sondern auch für die vorliegende Publikation, die den Weg weist, so manchem Opfer zu seinem Recht zu verhelfen.

WIR BITTEN jene Mitglieder, die ihren Beitrag für das Jahr 1960 noch nicht zur Gänze bezahlt haben sollten, den restlichen Betrag während der Sprechstunden in ihrer Bezirksgruppe zu erlegen

Eine sonderbare Berichterstattung

Einen Bericht, der mehr als aufklärungsbedürftig ist, hat man dieser Tage in einem Teil der Zeitungen gefunden. Da konnte man lesen, daß in dem Ansbacher KZ-Prozeß gegen den Lagercapo von Gusen I einige Zeugen nicht erschienen waren und auf ihre Einvernahme daher verzichtet werden mußte. So etwas kann natürlich vorkommen, und wenn man die Notiz liest, dann ist es im Falle der polnischen Zeugen zumindest erklärlich. Hier ist die Notiz selbst:

KZ-Prozeß: Ausländische Zeugen ausgeblieben

Im Ansbacher KZ-Prozeß gegen den ehemaligen Lagerchef von Gusen I, Karl Chmielewski, mußte das Gericht gestern auf die Zeugenaussage von sechs Polen bis auf weiteres verzichten, da diese zwar die Aufenthaltsgenehmigung für Ansbach, aber keine Visa für die Einreise in die Deutsche Bundesrepublik zugesandt erhalten hatten. Auch der frühere Lagerschreiber von Gusen, Rudolf Meixner, war nicht erschienen. In seinem Fall hatte die österreichische Regierung mitgeteilt, daß sie diesen Zeugen, der in Österreich wohnt, gern nach Ansbach zur Vernehmung geschickt hätte, daß Meixner aber sein Einverständnis dazu nicht erteilt habe.

Landesgerichtsrat Roland Thoma entkräftete an Hand früherer Aussagen der Hauptbelastungszeugen Johann Kammerer und Stahl die These der Verteidigung des Angeklagten, die beiden genannten Zeugen könnten sich bei ihren jetzigen Aussagen gegen Chmielewski vorher abgesprochen haben. Kammerer und Stahl, die in einem früheren Verfahren vom Untersuchungsrichter einvernommen worden waren, hatten schon damals über schwerste Mißhandlungen von KZ-Insassen durch den Angeklagten Chmielewski berichtet.

Was aber durchaus nicht ganz verständlich ist, das ist die Darstellung, die über die Nichteinvernahme des österreichischen Zeugen Rudolf Meixner gegeben wird. Da er sich nicht bereit gefunden haben soll, zur Vernehmung nach Ansbach zu fahren, und „sein Einverständnis nicht erteilt habe“, taucht zumindest die Frage auf, was ihn, den ehemaligen Lagerschreiber von Gusen, wohl bewogen haben mag, sich der selbstverständlichen Bürgerspflcht, an der Wahrheitsfindung mitzuwirken, zu entziehen. Wo Meixner wohnt — und damit, was er jetzt macht — muß wohl bekannt sein, denn wie sonst sollte bekanntgeworden sein, daß er nicht nach Ansbach fahren will.

Oder hat er nicht nur kein Interesse daran, im Prozeß gegen seinen ehemaligen Chef im Lager Gusen I auszusagen, sondern vielmehr alles Interesse, sich nicht weiter zu deklarieren? Wenn wir nicht irren, kann man sich nach der Strafprozeßordnung einer Zeugenaussage entschlagen, wenn einem dadurch Schaden oder Nachteil erwächst. Sollte das die Motivierung dafür gewesen sein, Untaten, die in einem auf österreichischem Boden gelegenen KZ-Lager geschehen sind, nicht ans Tageslicht gelangen zu lassen? Und hierfür ist es auch völlig belanglos, ob zwischen der Deutschen Bundesrepublik und Österreich etwa irgendwelche zwischenstaatliche Übereinkommen bestehen oder nicht.

Diese also einigermaßen sonderbare Berichterstattung ist nicht nur interessant, sie regt in hohem Maße an, sich auch sonderbare Gedanken zu machen!

Verfahren wegen Massenmordes

Im bisher umfangreichsten Verfahren zur Aufklärung von Verbrechen in Konzentrationslagern führt die Staatsanwaltschaft in Frankfurt zur Zeit Ermittlungen gegen rund 950 Personen. Sie sind verdächtig, als Angehörige des SS-Lagerpersonals an den Massenmorden im Konzentrationslager Auschwitz beteiligt gewesen zu sein. Die 26 am schwersten Belasteten sind schon in Haft.

Wie der Frankfurter Oberstaatsanwalt Heinz Wolf mitteilte, wurden bisher 347 Zeugen aus dem In- und Ausland gehört. Es geht in dem Verfahren um die Ermordung von mehreren Millionen Häftlingen.

Außerdem werden in Frankfurt drei weitere große Verfahren wegen Massenverbrechen im Dritten Reich vorbereitet. Mehrere schon verhaftete ehemalige Angehörige der Gestapo und des Sicherheitsdienstes sollen an der Erschießung von mehreren tausend Zivilisten — meist Juden — in den Jahren 1941 bis 1944 beteiligt gewesen sein.



Entschädigung für Nationalverfolgte

Zwischen dem Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und der Regierung der Deutschen Bundesrepublik wurde am 5. Oktober 1960 ein Abkommen zugunsten von Flüchtlingen geschlossen, die unter dem nationalsozialistischen Regime wegen ihrer Staatsangehörigkeit verfolgt wurden. Dieses Abkommen ist, wie aus einer Aussendung des Hochkommissars der Vereinten Nationen (Amt des Vertreters in Österreich) hervorgeht, in zweifacher Hinsicht von Bedeutung.

Diejenigen Flüchtlinge, die dauernden gesundheitlichen Schaden erlitten haben, werden jetzt die gleiche Entschädigung erhalten wie andere Gruppen von Opfern der Verfolgung. Dieser Teil des Abkommens wird von der Bundesregierung durchgeführt, und zwar durch das Bundesverwaltungsamt in Köln.

Von der deutschen Bundesregierung wurde dem Hochkommissar für Flüchtlinge aber auch ein Betrag von 45 Millionen DM zur Verfügung gestellt, um diesem die Durchführung der Hilfsmaßnahmen an Nationalverfolgte zu ermöglichen, die keinen dauernden gesundheitlichen Schaden erlitten und am 1. Oktober 1953 noch Flüchtlinge waren. Aus diesem Fonds können keine Zahlungen an Personen geleistet werden, die sich nicht in einer wirtschaftlichen Lage befinden, die eine Zahlung rechtfertigen würde.

Anträge an den Entschädigungsfonds sind an das Amt des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, Genf, bis spätestens 31. Dezember 1961 einzureichen.

Die Globalen Wiedergutmachungsabkommen der deutschen Bundesregierung

Im Zusammenhang mit den vor einiger Zeit begonnenen Verhandlungen mit der Deutschen Bundesrepublik ist es bestimmt interessant, einmal aufzuzählen, mit welchen europäischen Staaten die deutsche Bundesrepublik sogenannte Globale Wiedergutmachungsabkommen getroffen hat, und welche Beträge

in allen
Geldfragen
berät und hilft

ZENTRALSPARKASSE
DER GEMEINDE WIEN

41 ZWEIG-ANSTALTEN

seitens der westdeutschen Behörden dafür aufgewendet werden. Nach dem deutschen Bundesentschädigungsgesetz sind grundsätzlich nur solche Verfolgte anspruchsberechtigt, die eine räumliche Beziehung zum Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (einschließlich West-Berlin) oder als Emigranten zum früheren Deutschen Reich in den Grenzen von 1937 hatten beziehungsweise die bei Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Oktober 1953 Staatenlose oder Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention waren.

Als sich daher mehrere europäische Staaten an die Deutsche Bundesrepublik wandten, um von ihr Schäden ersetzt zu bekommen, die den Staatsangehörigen der betreffenden Länder durch die NS-Verfolgung, insbesondere im Zuge der Besetzung ihrer Länder, zugefügt wurden, hat sich die deutsche Bundesregierung jeweils zur Zahlung von Globalbeträgen verpflichtet. Mit sieben europäischen Ländern wurden inzwischen entsprechende Verträge abgeschlossen, wobei die bereitgestellten Beträge für Personenschäden, also für Freiheits- und Gesundheitsschäden, sowie zur Unterstützung der Hinterbliebenen nach Verfolgten bestimmt sind.

Dabei hat die deutsche Bundesregierung die Verteilung der von ihr zur Verfügung gestellten Geldbeträge jeweils der betreffenden ausländischen Regierung selbst überlassen.

Dies ist deswegen von einiger Bedeutung, weil angenommen werden kann, daß weitere Verträge oder Vereinbarungen sich in gleichen Bahnen bewegen werden. Auch bei den Verhandlungen mit Österreich wird man an diese von der deutschen Bundesregierung bisher gehandhabte Regelung denken müssen.

Bisher hat die deutsche Bundesregierung mit folgenden europäischen Staaten solche Wiedergutmachungsabkommen abgeschlossen und dafür Beträge in folgender Höhe zur Verfügung gestellt:

Frankreich	400 Millionen DM
Griechenland	115 Millionen DM
Belgien	80 Millionen DM
Norwegen	60 Millionen DM
Luxemburg	18 Millionen DM
Dänemark	16 Millionen DM

Die Zahlungen an Holland erfolgten im Rahmen des deutsch-niederländischen Ausgleichsvertrages, auf Grund dessen sich die deutsche Bundesregierung zur Zahlung eines Gesamtbetrages von 280 Millionen DM verpflichtet hat.

Der von der deutschen Bundesregierung in den nächsten Jahren im Rahmen der Wiedergutmachungsabkommen zu zahlende Gesamtbetrag für die genannten sieben europäischen Staaten beläuft sich also auf mehr als 800 Millionen DM. Verhandlungen mit weiteren europäischen Staaten in Fragen der Wiedergutmachung sind noch im Gange.

WIR BITEN um Nachricht

Wer kennt Ingeborg Krüger?

In Köln ist Frau Ingeborg Krüger, geboren 21. Dezember 1922 in Hamburg, als Kriminalobermeisterin in Dienst. Krüger war in den Konzentrationslagern Ravensbrück, Auschwitz und Bergen-Belsen Aufseherin.

Nach Bekanntwerden dieser Tatsache wurde kein Haftbefehl gegen Frau Krüger erlassen, sondern es wurden lediglich Ermittlungen eingeleitet. Sie wurde auch nicht vom Dienst suspendiert; nur die Ausübung ihrer Dienstgeschäfte wurde ihr gegenwärtig untersagt.

Wir wenden uns an alle diejenigen ehemaligen Häftlinge von Auschwitz, die dort die Aufseherin Krüger kennenlernen mußten, mit der Bitte, uns Mitteilungen über das Verhalten dieser Aufseherin zukommen zu lassen.

Man schreibt uns!

Wir antworten!

Wie lange noch?

In der Nummer 7—9/1960 unserer Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ haben wir diese Frage gestellt und darauf eine große Zahl von Briefen aus Wien und den Bundesländern erhalten; die Bezirksgruppen und Landesverbände haben Mitgliederversammlungen einberufen und in Resolutionen, die an Abgeordnete und an die Bundesregierung verschickt worden sind, der Enttäuschung darüber Ausdruck verliehen, daß heute, nach mehr als 15 Jahren, in den Fragen der Wiedergutmachung die entsprechende gesetzliche Regelung noch immer auf sich warten läßt.

Wir können hier nicht alle Briefe abdrucken und bitten deswegen um Verständnis, liebe Freunde. Aber eines können wir hier tun: Dir, liebe Genossin, dir, lieber Genosse, können wir antworten. Und diese Antwort steht für euch alle, die ihr uns geschrieben habt.

*

Du bist mit Recht unzufrieden darüber, daß die 12. Novelle zum Opferfürsorgegesetz noch immer nicht realisiert ist, daß wir noch immer um die „Wiedergutmachung“ — das ist die 12. Novelle — kämpfen müssen. Du hast vielleicht das Gefühl, daß wir uns zuwenig um diese wichtigen Dinge kümmern; aber du irrst, lieber Freund! Auch hier gibt es nicht wenig Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, auch hier entscheidet das politische Kräfteverhältnis. Aber denke nicht, daß dieser Kampf aufgegeben ist, er steht an erster Stelle, und wir sind überzeugt, daß wir es erreichen werden, daß die 12. Novelle im Parlament verabschiedet wird.

Wir kennen die Dringlichkeit dieses Problems, denn die Widerstandskämpfer sind heute alte und oft kranke Menschen und haben nicht mehr sehr viel Zeit, um immer wieder zu warten. Das wissen wir — und daher sind wir getrieben von dem Willen, diese Frage so bald als möglich zu lösen.

Der Krieg hat Millionen in Elend und Unglück gestürzt. Nur relativ wenige sind es ja, die bewußt den Kampf um die Freiheit Österreichs führten. Das erschwert unsere Arbeit ebenfalls, denn es gibt zuviel, das aus dieser unglückseligen Zeit herüberreicht bis in die Gegenwart. Hier sind die Mütter und die Familien, die um einen Gefallenen trauern, sind die Heimkehrer, die Ausgebombten, sind jene Menschen, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden.

Wir alle, die wir von 1934 bis 1945 in den Kerkern und Konzentrationslagern gesessen sind, haben uns die Zeit nach 1945 anders vorgestellt. Wir waren erfüllt von dem Glauben und der Hoffnung, daß wir nach all dem Leid in eine gerechte, eine friedliche Welt zurückkehren würden. Bei all unseren diesbezüglichen Träumen aber, die uns in der Zeit der finstersten faschistischen Tyrannei und Qual immer wieder neue Kraft verliehen haben, auszuharren und zu überleben, haben wir eines übersehen: Daß diese „Zeit ohne Gnade“ auch die Menschen geformt hat, und das nicht immer in positivem Sinn.

Nur so darfst und kannst du als Freiheitskämpfer dieses Problem sehen. Dir das zu sagen, hat nur einen einzigen Sinn: Wir wollen dir, da du oft auf dich allein gestellt zu sein scheinst und wenig Möglichkeit hast, mit KZlern und Mitkämpfern zusammenzukommen, ein wenig unsere Probleme zu erklären versuchen und dir versichern, daß wir uns unserer Aufgabe und Verantwortung bewußt sind. Und daß wir nie müde werden, unsere gerechten Forderungen zu vertreten und für sie zu kämpfen!



Liebe Kampfgefährten, werte Freunde!

Ich habe heute Euer liebes Schreiben samt Kerzengruß mit größter Freude empfangen und danke Euch vielmals dafür. Es ist mir eine selbstverständliche Pflicht, die rote Kerze zur Gedenkstunde anzuzünden; eine jahrelange Gepflogenheit von mir und meiner Familie. Für mich ist es eine Ehre, Mitglied unseres Bundes zu sein. Um so mehr, wo ich seit der Gründung des Republikanischen Schutzbundes mit dabei bin und nur den Wunsch habe, daß es unsere Kinder niemals nötig haben sollten, sich ihr Recht mit den Waffen zu holen.

Ich möchte diese Zeit nicht mehr erleben, denn da ich damals auch sozialdemokratischer Betriebsrat war und daher doppelte Verantwortung hatte, war es wirklich nicht leicht, durchzukommen. Aber am schwersten war es fast für mich nach 1945, als ich wieder Betriebsrat gewesen bin. Oft dachte ich mir da, jetzt haben wir endlich wieder eine Demokratie, und so bin ich halt mit viel Streit und Aufregung durchgekommen. In meiner Freude, daß der Krieg vorbei war und wir wieder unsere Menschenrechte hatten, war mir die Situation viel erträglicher.

Heute bin ich nach 53 Arbeitsjahren im Ruhestand und genieße die Errungenschaften, die uns Partei und Gewerkschaft im Parlament erkämpfen mußten. Und ich habe das Glück, daß ich noch in der Lage bin, meine Arbeit als Vertrauensmann für unsere Sache zu leisten.

Ich hoffe, daß ich das noch lange tun kann, und es ist mir eine große Beruhigung, zu wissen, daß meine Kinder und Enkeln meine Arbeit weiterführen werden, wenn ich sie einmal nicht mehr tun kann.

Liebe Freunde, Ihr beklagt, daß es Euch nun schon so lange nicht gelingt, die 12. Novelle durchzubringen. Ja, es braucht alles seine Zeit. Ich habe oft und oft die Gelegenheit, mich mit diesem Problem auseinanderzusetzen, da gerade in dem Bezirksteil, wo ich wohne, viele Menschen mit einem solchen Schicksal sind. Da heißt es nur wieder trösten und klarmachen, warum das so ist. Wenn Ihr schreibt „Zeit ohne Gnade“, so kann ich dazu noch sagen: Beharrlichkeit führt zum Ziel!

Und um das bitten wir kleinen Vertrauensleute die Partei: Bleibt stark und treu uns gegenüber; wir halten aus, bis unser Ziel, der Sozialismus, erreicht ist.

Mit den besten Wünschen für das kommende Jahr und

Freiheitsgruß
Eure M. M., Wien

Aus dem Wiener Landesverband

Die Bezirke berichten:

Leopoldstadt

Mitgliederversammlung. Am 28. November 1960 fand im Parteihaus der SPÖ, II, Praterstern 1, eine Mitgliederversammlung statt.

Genosse Hikker eröffnete die Versammlung, begrüßte die Anwesenden, insbesondere die Gemeinderätin Genossin Schlinger und unseren Bezirksvorsteher Genossen Hladey, herzlichst und erteilte dem Obmann Genossen Coudek das Wort.

Genosse Coudek wies in seinem Referat darauf hin, daß die Sozialisten nach Abzug der Alliierten im Nationalrat sofort einen Antrag auf Wiedergutmachung eingebracht hatten. Nachdem der erste Teil des Antrages, Beamtenentschädigung und Haftentschädigung, erledigt war, wollte die ÖVP über den Antrag nicht weitersprechen. So kamen die Neuwahlen 1959. Und nach den Wahlen haben unsere Koalitionspartner lange gebraucht, um sich von ihrer Niederlage zu erholen. In späterer Folge hat Herr Kamitz wohl eine Rege-

lung der offenen Frage versprochen, nur leider vergaß er immer, auch Geld hierfür bereitzulegen. Hernach kam unter dem Druck des Auslandes die Vorbereitung der 6 Millionen Dollar für Zwecke der Wiedergutmachung für Emigrierte. Aber auch die Regelung dieser Frage wurde bis zur Erledigung der 12. Novelle zurückgestellt.

Im heurigen Budget sind für diese Zwecke 50 Millionen Schilling eingesetzt. Im Verhandlungsweg erklärte sich die deutsche Bundesregierung bereit, 300 Millionen zu geben, falls Österreich ebensoviel gäbe. In der 12. Novelle sollen U-Boote und Sternträger eine einmalige Entschädigung erhalten und die Haftentschädigung verdoppelt werden. Es liegt jetzt an uns, die Partei zu stärken, werbend neue Mitglieder zu bringen und so ihr Eintreten für uns zu erleichtern. Unser Bund wird sofort, wenn es zur Beschlußfassung der 12. Novelle kommt, seine Mitglieder in Kenntnis setzen.

Genosse Hladey, der in Vertretung des verhinderten Genossen Skritek sprach, schilderte die politischen Verhältnisse, die besonders in der Budgetdebatte zum Vorschein kamen. Wir haben wohl mehr Stimmen erhalten, aber um ein Mandat weniger. Wir wollen werben, um die Mehrheit auch der Mandate wirklich zu erhalten. Leider mußte man beim Abschluß des Budgets auf einen Kompromiß eingehen, dies muß man eben bei einer Demokratie in Kauf nehmen.

Genossin Dr. Klein-Löw, die soeben vom Parlament kam, wurde lebhaft begrüßt und sprach einige Worte über die Arbeit im Parlament. Sie sprach auch über die Schwere der Arbeit in den Ausschüssen sowie über unsere Erfolge auf dem Gebiet der Renten und der Familienbeihilfe sowie auch über die Zustände auf dem Bildungssektor.

Sämtliche Referate wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Alsergrund

Mitgliederversammlung. Am 25. November 1960 fand eine Mitgliederversammlung im Saal der Kinderfreunde, IX, Marktgasse 2, statt, zu der Nationalrat Genosse Peter Strasser, der Obmann der SPÖ Alsergrund und die Landtagsabgeordneten Genossin Karoline Czerwenka und Genosse Johann Nimmerriecher, erschienen waren.

Nachdem der Obmann der Bezirksgruppe Genosse Hans Mörzinger die Versammelten und im besonderen die Abgeordneten begrüßt hatte, übernahm der Obmannstellvertreter Genosse Platz den Vorsitz und erteilte Genossen Mörzinger zur 12. Novelle zum Opferfürsorgegesetz das Wort.

Eingangs erinnerte Genosse Mörzinger an das Referat der Genossin Rosl Jochmann, in unserer Jahresversammlung im März dieses Jahres, in dem sie ihre Überzeugung zum Ausdruck brachte, daß das Wiedergutmachungsgesetz noch im gleichen Jahre vom Parlament verabschiedet werde.

Leider haben alle Anstrengungen und überzeugenden Reden der sozialistischen Abgeordneten bei dem Koalitionspartner kein Echo gefunden, und die Gesetzgebung wurde bis jetzt stets verhindert. Genossin Jochmann ist weiterhin optimistisch und sie glaubt fest an eine baldige positive Regelung unserer gerechten Sache. Ihre anklagende Rede bei der Budgetdebatte im Parlament hat anscheinend doch das Gewissen der Verantwortlichen aufgerüttelt, da für die Forderung der Opfer ein Teilbetrag von 50 Millionen Schilling ins Budget für das Jahr 1961 eingesetzt worden ist. Unter anderem bat Genosse Mörzinger abschließend, die Versammelten mögen für die Partei werben und die Wahrheit über die Politik verbreiten, die in Österreich gemacht wird.

Nun ergriff Genosse Strasser das Wort und sagte unter anderem: Für Otto Habsburg hat die ÖVP schon längst ihr Herz entdeckt, und sie würde nicht nur seine Rückkehr nach Österreich gestatten, sondern ihm auch noch sämtliche Güter und ein Vermögen zu Füßen legen; aber für die Kämpfer für ein freies und unabhängiges Österreich und für die Opfer des Faschismus, da haben die Herren bis nun nichts übrig gehabt. Genosse Strasser versprach jedoch, in den Ausschüssen und im Parlament für unsere gerechten Forderungen einzutreten. Auch Genossin Czerwenka und Genosse Nimmerriecher versprachen, unsere Sache zu vertreten.

Am Schluß der Versammlung verlas Genosse Mörzinger einen Resolutionsentwurf, der der Bundesregierung übermittelt werden soll; der Entwurf wurde nach einigen Änderungen, die Genosse Dr. Wolken beantragte, einstimmig angenommen.

Genosse Mörzinger dankte allen Genossen für ihr Erscheinen und schloß um 21 Uhr die Versammlung.

An die
*
Österreichische Bundesregierung
Wien I.

Bei der am 25. November 1960 stattgefundenen Mitgliederversammlung des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, Bezirksgruppe Alsergrund, wurde einstimmig folgende Resolution beschlossen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, binnen kürzester Frist das Versprechen, das die beiden großen Parteien den Opfern des Faschismus vor den Wahlen des Jahres 1956 und 1959 gegeben haben, endlich in die Tat umzusetzen und den im äußerst bescheidenen Rahmen gehaltenen Gesetzentwurf des Sozialministeriums, nämlich die 12. Novelle zum Opferfürsorgegesetz, dem Parlament zur Abstimmung vorzulegen.

Die Versammlung ist der Auffassung, daß die Regierungsmitglieder sowie sämtliche Abgeordnete zum Nationalrat zur Genüge wissen welche seelischen und körperlichen Qualen die Opfer des Faschismus, die noch knapp mit dem Leben davongekommen sind, erdulden mußten. Obwohl diese Leiden nie gutgemacht werden können soll zumindest der mit den Leiden im Gefolge aufgetretene Schaden zum Teil gutgemacht werden.

Mehr als 15 Jahre nach der Befreiung unserer Heimat von der faschistischen Barbarei ist zwar das Wort „Wer rasch

hilft, hilft doppelt“ nicht recht am Platz, aber dennoch hofft die Versammlung, daß jetzt noch durch rascheste Erledigung manchem Opfer geholfen werden kann. Vielen unserer Leidensgenossen hat der Tod eine Entschädigung nicht mehr zuzute kommen lassen. Für sie kommt die Novelle zu spät. Da es niemand mit seinem Gewissen vereinbaren kann, die Novellierung noch länger hinauszuschieben, wodurch noch mehr alte kranke und sieche Opfer nicht mehr in den Genuß einer Entschädigung kämen, appellieren wir an alle Mitglieder der Bundesregierung, unverzüglich alles zur Verabschiedung der Novelle Notwendige zu veranlassen.

Die Antwort auf die Resolution, die am 1. Dezember 1960 eingereicht worden ist, hat folgenden Wortlaut:

Republik Österreich
Bundeskanzleramt.

Zl. 9963 — PrM/60,
Resolution, betreffend Verabschiedung
der 12. Novelle zum Opferfürsorgegesetz.

An die
Bezirksgruppe Alsergrund
des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und
Opfer des Faschismus,

Wien IX.

Das Präsidium des Bundeskanzleramtes bestätigte das Einlangen der Resolution vom 25. November 1960 mit dem Beifügen, daß der Ministerrat in der Sitzung am 6. Dezember 1960 von dieser Entschließung Kenntnis genommen hat.

Die Resolution wird unter einem den Bundesministerien für soziale Verwaltung und für Finanzen zur Prüfung übersendet.

12. Dezember 1960. Für den Bundeskanzler:
Chaloupka.

Für die Richtigkeit der Ausfertigung:
Unterschrift unleserlich.

Meidling

Jahresversammlung. Die Bezirksgruppe Meidling veranstaltete ihre letzte Jahresversammlung am 18. März 1960. Nach einem ausführlichen Bericht des Genossen Blau über aktuelle Probleme der Opfer des Nationalsozialismus berichtete der Obmann der Bezirksgruppe Genosse Cäsar über die Tätigkeit im Berichtsjahr.

Bei den darauffolgenden Neuwahlen wurden folgende Genossen gewählt:

1. Obmann: Genosse Johannes Cäsar;
2. Obmann: Genossin Helene Gabriel;
Kassier: Genosse Anton Kräuter;
Schriftführer: Genosse Karl Swoboda;
Kontrolle: die Genossen Paul Grabatsch und Otto Tobola;
Delegierte zur Hauptversammlung: die Genossin Helene Gabriel und die Genossen Johannes Cäsar, Otto Tobola und Otto Derschowitz.

Unser Genosse Johannes Cäsar ist damit zum 13. Male zum Obmann unserer Bezirksgruppe gewählt worden.

Döbling

Josef Froněk †. Am 12. Jänner 1961 versammelte sich eine größere Anzahl Genossinnen und Genossen im Sieveringer Friedhof, um unserem Genossen Josef Froněk die letzte Ehre zu erweisen. Er war es, der gemeinsam mit unserem verstorbenen Genossen Radler im Februar des Unheiljahres 1934 die Verteidigungskämpfe im Karl-Marx-Hof geleitet hatte, und der Bezirkskommandant Passauer schon seit zwei Monaten im Gefängnis saß.

Froněk war von Beruf Zimmermann und trat schon in jungen Jahren der Gewerkschaft der Bauarbeiter bei. Nach dem Zusammenbruch der Monarchie war er in der Partei tätig und später bei der Gründung des Republikanischen Schutzbundes sofort in seinen Reihen zu finden. Er übernahm die Führung einer Abteilung, die sich zusammen mit anderen Gruppen zwei Tage lang gegen die Übermacht von Bundesheer, Polizei, Heimwehr wehrte. Genosse Froněk wies die Versuche der Kommunisten, ihn zu gewinnen, immer wieder standhaft zurück.

Als nach dem Zusammenbruch des „Tausendjährigen Reiches“ die Alliierten Wien besetzten, wurde Froněk zum Bezirkspolizeikommandanten von Döbling ernannt, um die Ordnung wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten. Zu einem seiner Verdienste zählt, daß es ihm gelang, eine Besatzungsmacht daran zu hindern, die Wälder der Umgebung abzuholzen. Nach Eintritt geordneter Verhältnisse trat er in den Dienst der Wirtschaftsabteilung der Wiener Polizei, wo er bis zu seiner schweren Erkrankung tätig war.

Mit einem tiefempfundenen Nachruf nahm Genosse Passauer für die Bezirksorganisation und die Freiheitskämpfer Abschied von dem Dahingeschiedenen, dem alle, die ihn kannten, ein ehrendes Angedenken bewahren. „Niemals vergessen!“

Floridsdorf

Mitgliederversammlung. Am Samstag, dem 19. November 1960, hielt die Bezirksgruppe der Freiheitskämpfer um 16 Uhr im Arbeiterheim, XXI, Angererstraße 14, eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Unser Obmann, Genosse Blei, begrüßte die zahlreich erschienenen Genossen sowie die beiden Referenten Genossin Rosa Weber und Genossen Robert Blau recht herzlich und gab die Tagesordnung bekannt.

ARBEITERBANK

AKTIENGESELLSCHAFT WIEN

Wien I, Seitzergasse 2-4

Telephon: 63 17 51

Zweigstellen: Wien I, Fleischmarkt, Telephon 63 91 07
Wien IV, Rechte Wienzeile 37, Telephon 43 71 02

Filialen:

Graz: Annenstraße 24, Telephon 715 65, 715 06
Innsbruck: Südtiroler Platz 14 - 16, Telephon 36 73
Klagenfurt: Bahnhofstraße 44, Telephon 48 22
Linz: Christian-Coulin-Straße 32, Telephon 27 8 78
Wiener Neustadt: Wiener Straße 23, Telephon 37 46

Durchführung aller Bankgeschäfte, Entgegennahme von Spareinlagen, finanzielle Beratung

Genosse Robert Blau sprach über die 12. Novelle zum Opferfürsorgegesetz. Seine Ausführungen fanden große Aufmerksamkeit und viel Beifall. Anschließend daran entwickelte sich eine rege Debatte, an der sich mehrere Genossen beteiligten. Genosse Blau regte an, einen Brief an das Bundeskanzleramt zu schreiben, um eine raschere Erledigung der 12. Novelle zu fordern.

Dann brachte Genossin Rosa Weber das politische Referat. Sie berichtete über die Arbeiten im Parlament, besonders über die Budgetdebatte und die Regierungskrise, die nun wieder beigelegt ist. Auch ihre Rede wurde mit herzlichem Beifall belohnt.

Genosse Blei dankte im Namen der Bezirksgruppe beiden Referenten für ihre aufklärenden Worte und schloß die Versammlung mit dem Gruß „Freundschaft!“.

*

Trauerkundgebung. Aus Anlaß des 1. Jahrestages des Todes unseres Genossen Rudolf Sturm hielt die Bezirksgruppe am 28. Jänner 1961 auf dem Jedlersdorfer Friedhof um 10 Uhr eine Gedenkrede ab. Gemeinderat Genosse Josef Kohl hielt die Gedenkrede, die von den Anwesenden tief empfunden wurde. Der Obmann der Bezirksgruppe Genosse Karl Blei legte als Symbol des Gedenkens am Grab einen Kranz nieder, die Fahne senkte sich, und alle Anwesenden verweilten eine Minute lang in tiefer Trauer. Sie gelobten den Genossen des Februarkampfes 1934: „Niemals Vergessen!“ Die Feier wurde mit dem Lied der Arbeit geschlossen.

Liesing

Jahresversammlung. Bei der letzten Jahresversammlung der Bezirksgruppe Liesing wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt:

1. Obmann: Genosse Alois Packes.
2. Obmann: Genosse Leopold Sonnenfeld.
1. Kassier: Genosse Franz Sandalek.
2. Kassier: Genosse Johann Bezdeka.
Schriftführer: die Genossen Josef Wanek und Heinrich Urban.
Kontrolle: die Genossen Josef Leinmüller und Erwin Hanzl.

Aus den Landesorganisationen Niederösterreich

Landeshauptversammlung. Die Landeshauptversammlung wird voraussichtlich im Mai oder Juni stattfinden. Außer den Mitgliedern des Landesvorstandes und den Bezirksobmännern sind die Delegierten zur Teilnahme berechtigt. Für je 20 Mitglieder ist ein Delegierter zu wählen.

*

Landestreffen. Der Landesverband hat beschlossen, im September 1961 ein Landestreffen abzuhalten, das mit einer Gedenksteinenthüllung in Mödring (Bezirk Horn) verbunden sein wird. Zur Vorbereitung dieser Veranstaltung, zu der der Bundesvorstand und Delegationen aus allen Bundesländern eingeladen werden, ist ein Arbeitsausschuß eingesetzt worden, der seine Arbeiten bereits aufgenommen hat.

*

Korneuburg (Stockerau). Wie alljährlich, hat auch in diesem Jahr unsere Bezirksgruppe Korneuburg (Stockerau) ihre Weihnachtsfeier im hiesigen Arbeiterheim abgehalten. Die Veranstaltung war nur dadurch möglich, daß die Bezirksgruppe von den Stockerauer Betriebsräten und auch durch die Stadtgemeinde Stockerau, die alljährlich eine kleine Subvention gewährt, unterstützt wurde. Für die Spenden und die Subvention sei an dieser Stelle nochmals herzlichst gedankt.

Obmann Genosse Wimmer hielt eine kurze Festrede. Auch Bürgermeister Genosse Wondrak war erschienen und hielt eine kurze Ansprache. Für die Unterhaltungsmusik sorgte Herr Stadler, der sein Akkordeon wirklich virtuos meistert und viel Beifall erntete. Unsere Genossen, die immer gern zu den Weihnachtsfeiern kommen, gaben durch herzlichen Beifall den Beweis, daß ihnen die Veranstaltung gut gefallen hat.



Oberösterreich

Steyr. Bei der Jahresversammlung, die am 21. Jänner 1961 abgehalten worden ist, sind folgende Genossen in den Ausschuss gewählt worden:

1. Obmann: Genosse Josef Manzenreiter.
2. Obmann: Genosse Hans Freisinger.
1. Kassier: Genosse Alexander Nemeth.
2. Kassier: Genosse Franz Dietachmayr.
1. Schriftführer: Genosse Erich Katzlinger.
2. Schriftführer: Genosse Franz Steubl.
- Kontrolle: die Genossen Matthias Mühlböck, Josef Riedler und Hans Schwiegelhofer.

Salzburg

Landeshauptversammlung. Unsere Hauptversammlung wurde am 7. Mai 1960 in Salzburg im SPÖ-Heim der Elisabethvorstadt abgehalten. Obmann Genosse Ferdinand Putz eröffnete um 14.30 Uhr die Versammlung, begrüßte die anwesenden Mitglieder, den Referenten aus Wien Genossen Robert Blau, den Vertreter des Amtes der Salzburger Landesregierung Genossen Eduard Kittel, Genossen Karl Steinocher von der Landesorganisation der SPÖ sowie Genossen Josef Voithofer aus Schwarzach im Pongau. Dann gedachte Genosse Putz in einer Gedenkminute jener Genossinnen und Genossen, die im vergangenen Geschäftsjahr wieder von uns geschieden waren: der Genossin Maria Rohlik sowie der Genossen Josef Doll, Anton Bliberger, Anton Schmidjel und Andrá Weindl. Genosse Putz zeigte die Verdienste der Verstorbenen in der Kampf- und Leidenszeit der Getreuen eindringlich auf, gemahte an ein „Niemand vergesse“ und dankte der Versammlung für die Kundgebung.

Im folgenden Bericht des Obmannes wurde unsere Tätigkeit umfassend aufgezeigt. Seit der letzten Hauptversammlung am 10. Mai 1958 ergaben sich in bezug auf Betreuung der Mitglieder infolge der noch nicht erfolgten Erledigung der Wiedergutmachungsfrage immer noch Fälle von Vorgesprächen in Amtsbescheinigungsangelegenheiten, Renten und sonstigen Fürsorgefällen.

Von den Gedenkfeiern am 1. November 1958 und 1959 sowie von den Februargedenken mit Kranzniederlegung konnte berichtet werden, ebenso war die Gedenkfeier am 25. Jahrestag zum 12. Februar 1934, die im Verein mit der SPÖ-Bezirksorganisation im vollbesetzten Harrersaal abgehalten wurde, ein erhebendes Ereignis. SPÖ-Landesvorsitzender Genosse Franz Peyerl hielt die Gedenksprache. Die Eisenbahnermusikkapelle umrahmte alle diese Gedenkfeiern. Der Dank für das uneigennütze Mitwirken wurde an den Obmann des Eisenbahnermusikvereines — der auch Verfolgter und Freiheitskämpfer ist —, Genossen Otto Seifried, ausgesprochen.

Der Bericht bezog sich weiterhin auf die Delegierungen zum Landesparteitag sowie auf schriftliche Berichte zu den Landesparteitagen im Jahre 1958 und 1959. Jeweils wurde ein Delegierter unseres Verbandes entsandt. Die Wahlarbeit zur Nationalratswahl am 10. Mai 1959 wurde vom Obmann aufgezeigt, und es kam zum Ausdruck, daß es für uns Freiheitskämpfer eine Selbstverständlichkeit war, daß wir uns voll und ganz in den Dienst der Sache stellten. Der Referent, Genosse Blau, unterstrich besonders die Wahlerfolge im Lande Salzburg.

Dann führte Genosse Putz in seinem Bericht an, daß im Lande Salzburg 147 Opfer und Hinterbliebene mit 3470 Haftmonaten in den Reihen der SPÖ-Mitglieder sind. Genosse Kittel stellte uns hierfür einen aufschlußreichen Bericht zur Verfügung, wofür wir ihm herzlich danken.

Daß leider nach fünfzehnjährigem Bestand der Zweiten Republik Österreich und fünf Jahre nach Abschluß des Staatsvertrages die Frage der Wiedergutmachung noch immer nicht erledigt wurde, hat der Vorsitzende sehr mißbilligend feststellen müssen, und er konnte nur auf das Referat des Genossen Blau verweisen, das noch folgen sollte. Als auffallend mußte vermerkt werden, daß laut Rundfunk und Presseaussendungen bei den derzeitigen Verhandlungen in den Ausschüssen unser altbewährter Genosse und Obmannstellvertreter Mark nicht genannt wurde und nicht mehr mitwirken sollte. Genosse Putz überbrachte namens der Versammlung die Forderung, daß Genosse Mark unbedingt bei den Verhandlungen in Wiedergutmachungsfragen mitwirken müsse.

Abschließend stellte Genosse Putz zu Punkt 5 (Allfälliges) die Frage zur Diskussion, ob ein Weiterbestand des Landesverbandes unseres Bundes noch seine Rechtfertigung fände und ob nicht eventuell die Aufgaben über Betreuungen der Opfer der Landesparteiorganisation übertragen werden sollten.

Der Kontrollbericht bestätigte die einwandfreie Führung der Belege und Buchungen und beantragte die Entlastung des Kassiers und des gesamten Ausschusses. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Obmann dankte allen Anwesenden und insbesondere dem Verbandsausschuss.

Dann hielt Genosse Blau sein Referat. Er schilderte sehr aufschlußreich alle gegenwärtigen Fragen und den Stand der 12. OFG-Novelle. Als besonders bedeutend hob der Referent die ersprießliche und wohlwollende Tätigkeit für die Opfer hervor, die uns Sozialminister Genosse Proksch seit seiner Amtstätigkeit zuteil werden ließ. Mit Zuversicht teilte Genosse Blau mit, daß die Bundesversammlung und Kundgebung in Mauthausen am 26. d. M. der Wiedergutmachungsfrage ihren speziellen Nachdruck verleihen und die Gesetzgebung sicher in Kürze zu erwarten sein wird. Speziell sprach er sich dafür aus, daß hiebei Härten und Ungerechtigkeiten auf ein Minimum beschränkt werden müssen. Er persönlich habe sehr große Zuversicht, verwies aber auch unmißverständlich darauf, daß die Erwartungen über die Wiedergutmachung in puncto Umfang nicht zu hoch gestellt werden. Abschließend gab er eindringlich der Versammlung kund, daß unsere Anregung — Auflösung des Landesverbandes — die unzeitgemäßeste wäre, die man sich nur vorstellen kann. Die SPÖ ist stolz auf ihre Kämpfer und weiß immer die großen Opfer zu würdigen und zu verstehen. Es hat natür-

lich gewisse Probleme mit sich gebracht, daß wir als staatstragende Partei berücksichtigen müssen, unsere Rechte und Forderungen gesetzlich zu verankern. Mit großem Beifall dankte die Versammlung für das Referat. Der Vorsitzende ging nach dem persönlichen Dank zum Punkt 4 — Neuwahl des Ausschusses — über.

Genosse Josef Fuchs (Bischofshofen) brachte den Wahlvorschlag, wonach über den Obmann einzeln und den übrigen Ausschuss en bloc abgestimmt wurde. Die Wahl ergab:

- Obmann: Genosse Ferdinand Putz.
Stellvertreter: Genosse Josef Cerny.
1. Schriftführer: Josef Heuberger.
2. Schriftführer: Josef Holzinger.

1. Kassier: Anton Neudorfer.
2. Kassier: Otto Blattnik.

Kontrolle: die Genossen Otto Seifried und Franz Fritzenwanker (Saalfelden).

Beisitzer: Genossin Maria Emhart (Bischofshofen) und die Genossen Franz Planner und Johann Brenneis.

Bezirksvertrauensleute: Pinzgau: Genosse Franz Fritzenwanker (Saalfelden); Tennegau: Genosse Albert Mitsche (Hallein); Pongau: Genosse Karl Rauter (Schwarzach); Gasteinertal: Genosse Roman Wauk (Böckstein).

Obmann Genosse Putz dankte für das entgegengebrachte Vertrauen zur Wiederwahl und versicherte, sein Bestes so wie bisher zu geben.

Zwölf Diskussionsredner (Schnithofer, Herzog, Voithofer, Fuchs, Blattnik, Seifried, Stöger, Fritzenwanker, Neudorfer, Fessl und Steinocher) zeigten vielseitige Fragen über Wiedergutmachung, Arbeitszuweisung, Invalidität, Verhältnis Partei — Freiheitskämpfer und Opfer, Auflösung des Landesverbandes, in- und ausländische KZ-Verbände, Fürsorgewesen in bezug zu den Krankenkassen, finanzielle Lage des Verbandes — Subvention durch die Partei usw. auf.

Genosse Josef Voithofer sowie Landtagsabgeordneter Genosse Steinocher verwiesen auf Probleme von Staat, Gesetzgebung, Körperschaften und SPÖ. Die Grundtendenz aller Debattenredner war, daß wir die Probleme der Partei, auf die Gegenwart abgestimmt, voll und ganz verstehen müssen und auch können; keines der Opfer hat sich damals in den Kampf gestellt, um nunmehr dafür entschädigt zu werden. Als aber jene längst entschädigt, das heißt, dafür belohnt wurden, die direkt oder indirekt mithalfen, uns den Kampf und die Leiden aufzuerlegen, war unsere Forderung nach Entschädigung und Wiedergutmachung wohl keine vermessene, sie ist gerechtfertigt.

Der Vorsitzende Genosse Putz bat im Schlußwort die Referenten eindringlich, den Bund über die Hauptversammlung zu unterrichten und im speziellen Fall Mark die Salzburger Wünsche und das Vertrauen zu ihm zu übermitteln. Mit Dankesworten an alle Anwesenden, besten Wünschen zur Bundeshauptversammlung in Mauthausen und ein baldiges Gesetzwerden der Wiedergutmachung schloß der Vorsitzende mit den Kampfworten „Vorwärts — niemals vergessen — und Freundschaft“ unsere Hauptversammlung.

Arbeiter! Angestellte!

Entlehnt Bücher der Betriebsbüchereien!

Betriebsrat!

Sorge für den Ausbau der Betriebsbücherei!

Die Betriebsbüchereien
werden betreut durch die

Reise- u. Versandbuchhandlung

des

**Österreichischen
Gewerkschaftsbundes**

Wien I, Hohenstaufengasse 10

und durch die

Kammern für Arbeiter und Angestellte

HERRN
MARSAL VIKTOR
WIEN XXI/141
FULTONSTR. 5-11/1/1/3

Erscheinungsort Wien
 Verlagspostamt Wien 55

P. b. b.

Wenn verzogen, bitte nachsenden oder zurück

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unbestellbar zurückgeschickt werden müssen.



Mein Mann denkt daran!

LEBENS-VERSICHERUNG

Wiener Städtische Versicherung WIEN I, RINGTURM, 639750

Redaktionsschluß
für die nächste Nummer: 18. April 1961

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: August Jarosik. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Friedrich Flußmann. Alle Wien I, Löwelstraße Nr. 18. Tel. 33 96 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden in unseren Wiener Bezirksgruppen

1. Werdertorgasse 9 Mo. 17 bis 18 Uhr
2. Praterstern 1 Jeden 1. Di. im Monat 16 bis 18 Uhr
3. Landstraßer Hauptstraße 41 .. Fr. 18 bis 20 Uhr
4. Wiedner Hauptstraße 60b Mo. 18 bis 19 Uhr
5. Kohlgasse 27 Mi. 18 bis 19 Uhr
6. Otto-Bauer-Gasse 9 Do. 19 bis 20 Uhr
7. Neubaugasse 25 Jeden 1. Mi. im Monat, 18 bis 19 Uhr
8. Josefstädter Straße 39 Do. 17 bis 18 Uhr
9. Dreihackengasse 7 Mi. 17 bis 19 Uhr
10. Laxenburger Straße 8/10, I. Di. 17 bis 19 Uhr
11. Simmeringer Hauptstraße 80 .. Jeden 2. u. 4. Di. 18 bis 19 Uhr
12. Ruckergasse 40 Mi. 18 bis 19 Uhr
13. Hietzinger Hauptstraße 22 Jeden 1. u. 3. Di. im Monat, 18 bis 19 Uhr
14. Linzer Straße 297 Fr. 17 bis 19 Uhr
15. Hackengasse 13 Jeden 1. Mi. im Monat, 17 bis 19 Uhr
16. Liebharts-gasse 56 Do. 17 bis 19 Uhr
16. Zagorskigasse 6 Do. 17.30 bis 19 Uhr
17. Kalvarienberggasse 28 a, II/26
 Beitragsentrichtung und Auskünfte jederzeit
18. Gentzgasse 62 Fr. 18 bis 20 Uhr
19. Billrothstraße 48 Di. 17 bis 19 Uhr
20. Raffaelgasse 11 Do. 18.30 bis 20 Uhr
21. Prager Straße 9, 1. Stock Jeden 1. u. 3. Mo. im Monat, 17 bis 18.30 Uhr
22. Donaufelder Straße 259 Mo. 18 bis 19 Uhr
23. Liesing,
 Breitenfurter Straße 2 Jeden 1. u. 3. Mo. 18 bis 19 Uhr

in unseren Fachgruppen

- Polizei:
 9. Berggasse 41 Jeden 1. Do. 14 bis 16 Uhr
 Parterre (Hausverwaltung) ...

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Mödling, Gewerkschaftsheim,
 Wiener Straße 2 Jeden Mo. u. Sa., 8.30 bis 11.30 Uhr
- St. Pölten, Bezirksleitung,
 St. Pölten, Prandtauerstraße 4 .. Sa. 9 bis 12 Uhr

Burgenland:

- Eisenstadt, Bezirkssekretariat
 der SPÖ, Hauptstraße 5 Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

- Klagenfurt, Kammerbücherei
 der Arbeiterkammer, Bahnhofstraße 42, bei Genossin Lona Sablatnig und Genossen Eduard Goritschnig Tägl. außer Sa. 10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

- Linz, Landstraße 36, II. Stock
 Zimmer 24 Tägl. (außer Sa.), 9 bis 12 Uhr
- Steyr, Damberggasse 2 Jeden 1. u. 3. Sa im Monat, 10 bis 11 Uhr

Salzburg:

- Sprechstunden entfallen bis auf weiteres.

Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13,
 Zimmer 17 Jeden 1. Mi. i. Monat, 17 bis 19 Uhr

- Bruck a. d. Mur, Arbeiterheim,
 Kirchplatz 5

Tirol:

- Innsbruck, Müllerstraße 30/I, Bitte vorher telefonisch anfragen: Nr. 7 11 12.